

Häusliche Gewalt
und das soziale Umfeld –
Wertevermittlung als
gemeinsame Verantwortung

Herausgeber

Freiburger Interventionsprojekt
gegen Häusliche Gewalt (FRIG)
Wölflinstraße 4
79104 Freiburg
Telefon 0761 89 73 520
Telefax 0761 89 73 519
email info@frig-freiburg.de
Internet www.frig-freiburg.de

Redaktion

Martina Raab-Heck

Layout

Martina Raab-Heck
Annette Klarmann

Druck

schwarz auf weiss
Litho und Druck GmbH, Freiburg

© 2015

Alle Rechte vorbehalten. Vervielfältigung – auch auszugsweise – nur mit Zustimmung des Herausgebers und mit vollständigem Quellennachweis.

Begrüßung Dr. Ellen Breckwoldt Vorstandsvorsitzende Freiburger Frauen- und Kinderschutzhaus e.V.	5
Grußwort Ulrich von Kirchbach Bürgermeister der Stadt Freiburg	7
Sozialraumrelevanz bei Häuslicher Gewalt Prof. Dr. rer. pol. Yvette Völschow, Arbeitsbereich Sozial- und Erziehungswissenschaften, Universität Vechta	9
„StoP“ – Stadtteile ohne Partnergewalt Vorstellung eines bundesweiten Pilotprojektes. Prof. Dr. Sabine Stövesand, Professorin für Soziale Arbeit an der Hochschule für angewandte Wissenschaften Hamburg	15
Häusliche Gewalt – Schutz, Umgang und Prävention am Arbeitsplatz“ Das Konzept der Workplace Policy Birte Rohles, Referentin für Häusliche und sexualisierte Gewalt bei der Frauenrechtsorganisation TERRE DES FEMMES e.V.	23
Teen-Dating-Violence: Ausmaß, Folgen und Prävention Dr. Petra Brzank, Soziologin und promovierte Gesundheitswissenschaftlerin, SOHPI, Social Science and Public Health Institute Berlin, Zentrale Frauenbeauftragte der TU Berlin.	29
Umgang der Professionen mit Opfern und mit Tätern Ein Gespräch um Rollenzuschreibung, Rollenverständnis und Rollenerwartung Dr. med. Werner Tschan, Facharzt der Psychiatrie in eigener Praxis, diverse Dozentenaufträge	37
„Chancen gelingender Kooperation mit dem Gesundheitsbereich: Gewaltprävention durch Vernetzung!“ Marion Steffens, Geschäftsführerin des Netzwerkes Gesine.e.V.	45

**Frauen-Beratungsstelle
bei Häuslicher Gewalt**



31072

**Frauen- und Kinder-
schutzhaus Freiburg e.V.**



- ... Schutz und Hilfe für mißhandelte Frauen und ihre Kinder.
- ... Shelter and help for threatened and illtreated women and their children.
- ... Proteccion y ayuda para mujeres maltratadas y sus hijos.
- ... Tehdit altind bulunan siddet görmüs kadinlar ve onlarin cocuklari icin korum ve jardim.
- ... Aide et protection aux femmes en détresse et leurs enfants.

Die Frauen-Beratungsstelle bei Häuslicher Gewalt informiert und berät

- * in allen Fällen von Häuslicher Gewalt
- * nach einem Platzverweis
- * im Rahmen der Nachsorge nach einem Aufenthalt im Frauenhaus

Terminvereinbarung unter Telefon 3 10 72

Sehr geehrte Damen und Herren,

Im Namen der Mitglieder des Freiburger Interventionsprojektes gegen Häusliche Gewalt begrüße ich Sie bei der diesjährigen Fachtagung zum Thema "Häusliche Gewalt und das soziale Umfeld".

Wir wissen inzwischen, dass das Umfeld im Zusammenhang mit Häuslicher Gewalt eine entscheidende Rolle spielt. Ein positives Umfeld, ein gutes Netzwerk kann Betroffenen unter Umständen wirkungsvoller, auf jeden Fall aber nachhaltiger helfen als ein Frauenhaus oder eine Therapie. NachbarInnen, LehrerInnen, ArbeitgeberInnen und FreundInnen können Betroffene richtig, "auf Augenhöhe" ansprechen, sie können zuhören und – das ist essentiell – gegenüber dem Gewalt Ausübenden klare Position beziehen.

Solche Netzwerke vermitteln Werte, stärken, schaffen Vertrauen und Selbstvertrauen; sie bieten Hilfe und erleichtern den Zugang zu weiteren Hilfen oder Netzwerken. ÄrztInnen, Schulen, Jugend- und Stadtteilzentren sollten das Thema aufgreifen. Gewalt darf nicht geduldet werden.

Von Gewalt Betroffene müssen wissen, dass sie nicht allein sind, und sie dürfen von uns nicht allein gelassen werden. Die Gesellschaft, von der wir ja alle Teil sind, muss lernen, ihre Verantwortung wahrzunehmen und Gewalt Ausübenden die rote Karte zeigen.

Für die Fachtagung haben wir renommierte ReferentInnen gewonnen; sie zeigen uns, wie ein solcher Schulterschluss gelingen kann.

Dr. Ellen Breckwoldt

Vorsitzende des Trägervereins des Freiburger Interventionsprojektes
Vorsitzende des Frauen – und Kinderschutzhauses Freiburg e.V.

Grußwort von
Bürgermeister von Kirchbach

Sehr geehrte Frau Dr. Breckwoldt,
sehr geehrte Frau Raab-Heck,
sehr geehrte Referentinnen,
sehr geehrte Tagungsteilnehmerinnen und Tagungsteilnehmer,

ich darf Sie zur heutigen Tagung im Namen der Stadt Freiburg im Historischen Kaufhaus herzlich begrüßen.

Als ich mir für das heutige Grußwort das Tagungsprogramm angeschaut habe, war ich beeindruckt von der Vielfalt der Beiträge. Das Thema der heutigen Tagung ist und bleibt hochaktuell.

Erst vor zwei Wochen gab es an einer Freiburger Straßenbahnhaltestelle einen gewalttätigen Übergriff auf eine Frau, die sich vor einiger Zeit von ihrem Freund getrennt hatte. Dieser stach ihr unvermittelt mit dem Messer in den Bauch. Die Frau überlebte dank dem beherzten Eingreifen einiger weniger Passanten, die den Exfreund überwältigten und festhielten, bis die Polizei eintraf und derer, die sofort die Einsatzkräfte wie Polizei und Rettungskräfte gerufen haben. Die meisten Personen aus dem Umfeld schauten einfach weg.

Die Situation, in der sich diese Frau befand, ist eine extreme öffentliche Gewaltsituation und kein typisches Beispiel für häusliche Gewalt. Dennoch befinden sich nicht wenige Opfer häuslicher Gewalt immer wieder in ernst zu nehmenden Bedrohungssituationen mit ungewissem Ausgang – und das hinter verschlossener Tür.

Gewalttätige Handlungen sind durch nichts zu rechtfertigen. Häusliche Gewalt, dazu gehört auch psychische Gewalt oder Gewalt gegen Kinder, ist ein ernst zu nehmendes gesamtgesellschaftliches Problem. Ein Problem, das gemeinsam angegangen werden muss. Daher ist es gut, dass Sie alle heute hier sind!

Um häuslicher Gewalt vorzubeugen, ist vor allem ein wachsames soziales Umfeld im privaten und beruflichen Kontext wichtig. Im besten Fall schaffen es die Betroffenen durch angemessene Reaktionen von Personen aus ihrer Umgebung der Gewaltspirale zu entkommen.

Die einzelnen Betroffenen benötigen vor allem Hilfen, die über die Beratung und Schutzunterbringung hinausgehen. Das soziale Umfeld steht daher heute im Fokus der Fachtagung. Es geht sowohl um die Tragweite der Auswirkungen häuslicher Gewalt als auch um die Frage der Verantwortung. Ich denke, dass hierbei das WIE sehr wichtig ist. Das WIE der Prävention und das WIE des Umgangs mit Betroffenen, aber auch mit Tätern.

Glücklicherweise haben wir hier in Freiburg dank der langjährigen professionellen Arbeit des Netzwerks „Freiburger Interventionsprojekt gegen Häusliche Gewalt“ (FRIG) sehr gute Ausgangsbedingungen und Strukturen für die Stärkung des Problembewusstseins.

„FRIG“ ist ein Erfolgsmodell.

Ich darf Ihnen daher im Namen der Stadt Freiburg meinen Dank aussprechen. Mein Dank geht an alle aktiven Mitglieder des seit fast 16 Jahren bestehenden Netzwerkes. Sie alle sind engagiert und zeigen hohes Durchhaltevermögen. Von Seiten der Stadt sind das Amt für Soziales und Senioren mit den Aufgabenbereichen der Sozialen Erstberatung und der Geschäftsstelle Kommunale Kriminalprävention beim Interventionsprojekt aktiv beteiligt und das Amt für Kinder, Jugend und Familie hat das Thema häusliche Gewalt in der Abteilung des Kommunalen Sozialen Dienstes als Schwerpunktbereich verortet.

FRIG hat bereits viel erreicht, um das Tabu „Häusliche Gewalt“ zu durchbrechen und das Dunkelfeld in Freiburg zu erhellen! Das geht nur, wenn alle Professionen, die mit dem Thema zu tun haben, eine gemeinsame Sprache finden und an einem Strang ziehen. Machen Sie weiter so und verfolgen Sie beharrlich Ihr Ziel, das Netzwerk weiter auszubauen. Dieser Weg wird von Seiten der Stadt Freiburg und der Kommunalen Kriminalprävention begrüßt.

Sozialraumrelevanz für Prävention und Intervention bei Häuslicher Gewalt¹

Prof. Dr. rer. pol. Yvette Völschow, Arbeitsbereich Sozial- und Erziehungswissenschaften, Universität Vechta

Partnerschaftsgewalt in ländlich geprägten Räumen

Im Rahmen eines vom Land Niedersachsen geförderten Forschungsprojektes mit dem Titel „PartnerInnengewalt und Prävention in ländlichen Regionen Niedersachsens“ (PAGENIE) werden an der Universität Vechta von 2011 bis 2014 sozialraumrelevante Besonderheiten bei der Ausprägung von Partnerschaftsgewalt untersucht, um hieraus nicht zuletzt auch Praxisanregungen ableiten zu können. Kooperationspartner des Projektes sind neben der Universität Vechta auch die Polizeiinspektionen der Landkreise Aurich, Wittmund, Vechta und Cloppenburg sowie die Beratungs- und Interventionsstellen bei häuslicher Gewalt (BISS) dieser vier Landkreise Nordwestdeutschlands. Zudem unterstützt das Niedersächsische Landeskriminalamt das Projekt. Das Untersuchungsdesign ist mehrperspektivisch ausgerichtet und umfasst sowohl quantitative als auch qualitative Erhebungen. Zum einen werden in dem Projekt sogenannte Hellfelddaten der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) (vgl. Bundesministerium des Inneren 2012: 2013) auf Gemeindeebene bezogen ausgewertet und mit benachbarten Städten verglichen. Da diese Daten aber an die Anzeigebereitschaft der Opfer von PartnerInnengewalt gekoppelt sind, finden exemplarisch in einzelnen Städten auch fragebogenbasierte Bürgerbefragungen zur Partnerschaftsqualität in ländlichen Räumen statt, die zudem Aufschluss über den Viktimisierungsgrad in den Untersuchungsgemeinden geben sollen. Doch auch hier kann nicht zwingend von einem entsprechend verlässlichen Rücklauf ausgegangen werden. Daher werden in einer weiteren Teilstudie der Untersuchung ergänzend Interviews mit professionellen AkteurInnen aus Frauenhäusern, Beratungsstellen, Polizei etc. zu den besonderen Ausprägungen und Gegebenheiten in ländlichen Räumen durchgeführt und auch Betroffene selbst befragt. Innerhalb der Universität Vechta ist neben dem Arbeitsbereich Sozial- und Erziehungswissenschaften des Institutes für Soziale Arbeit, Bildungs- und Sportwissenschaften auch der Lehrstuhl für Landschaftsökologie (LLÖK) beteiligt. Der LLÖK widmet sich dabei insbesondere der Kartografie von Untersuchungsergebnissen und der Erhebung von Präventions- und Interventionseinrichtungen bei Partnergewalt in den ländlichen Untersuchungsgebieten.

Was ist der ländliche Raum?

Im Folgenden werden einige erste Trends der verschiedenen Teilstudien integriert vorgestellt. Dafür werden auch bisherige Forschungserkenntnisse einbezogen. Eingangs stellt sich hierbei

1 Dieser Beitrag ist erstveröffentlicht in: Völschow, Y. (2014): Partnerschaftsgewalt in ländlich geprägten Räumen: Implikationen für Frauenhäuser und Beratungsarbeit. In: Frauenhauskoordinierung e.V. (Hrsg.): Newsletter 1/2014. S. 2–4. Die freundliche Genehmigung der Frauenhauskoordinierung e.V. zum Abdruck liegt vor.

die Frage, inwiefern eine Stadt-Land-Differenzierung im Zuge gesellschaftlicher Entwicklungen der letzten 100 Jahre überhaupt relevant ist. In der Tat fand insbesondere im Zusammenhang mit Modernisierungstendenzen in den letzten 60 Jahren eine immense Stadt-Land-Angleichung statt, die neben technischen Entwicklungen nicht zuletzt dem Einfluss der Medien unterliegt. Trotzdem gibt es noch sozialräumlich begründete Stadt-Land-Unterschiede, die das soziale Miteinander in ländlichen Räumen beeinflussen können.

Die Beschreibung einer Gegend als ländlich lässt sich am besten mit Hilfe einer klaren Definition vollziehen, die sich aber nicht so einfach findet. Lediglich die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD) beschreibt leicht überprüfbar als ländlich solche Regionen, die eine Einwohnerdichte von weniger als 150 Einwohnern je Quadratkilometer und die Abwesenheit eines städtischen Zentrums aufweisen (vgl. OECD 2007: 33f.).

Räumlich-strukturelle Besonderheiten der Erreichbarkeit in ländlich geprägten Räumen

Ländlich geprägte Regionen bringen bereits bei Betrachtung struktureller Gegebenheiten die ersten Hürden für die Intervention und Prävention bei Partnergewalt mit. Es fehlt den entsprechenden Gemeinden in der Regel an eigenen offiziellen Anlaufstellen. Für das Erreichen des nächsten Beratungsangebotes bzw. des nächsten Frauenhauses wird nicht selten ein eigener PKW benötigt, da der Anschluss an den öffentlichen Nahverkehr hier oftmals nur über den Schulbusbetrieb gegeben ist. Diese Schwachstelle des mangelnden Anschlusses an die nächsten städtischen Zentren betrifft dabei nicht nur den Zugang zu professionellen Hilfsangeboten, sondern auch weitere Lebensbereiche wie Einkauf oder die Nutzung von Kultur- und Bildungsangeboten. Mit Hilfe der im Projekt durchgeführten Interviews professioneller AkteurInnen wurde diesbezüglich beleuchtet, dass sich dies lediglich bei mangelnder Mobilität als wirkliches Problem darstellt. In der Regel herrscht in ländlichen Regionen auch unter der weiblichen Bevölkerung eine starke PKW-Abdeckung, so dass das Aufsuchen eines Hilfsangebotes in der nächstgelegenen Stadt - mit Blick auf die in den ländlichen Heimaträumen vermeintlich verbreitetere mangelnde Anonymität - sogar vorgezogen wird. So kann beispielsweise der Schuheinkauf in der Stadt mit dem Aufsuchen eines Hilfeangebotes verbunden werden, ohne dass dieser in der Familie und Nachbarschaft besonders auffällt. Die Anonymität der Stadt bietet hier also einen Schutz und kann die Niedrigschwelligkeit bei der Angebotsnutzung erhöhen. Dafür darf das Hilfsangebot aber räumlich nicht zu weit vom eigentlichen Wohnort des Gewaltopfers entfernt sein, sondern sollte sich möglichst in der *nächstgelegenen* Stadt befinden (zusammenfassend Völschow 2014a: 50ff.). So zeigt die im Rahmen des Projektes durchgeführte Auswertung von polizeilich angezeigten Fällen exemplarisch für einen Landkreis, dass die Schließung eines in der Kreisstadt angesiedelten Angebotes die angezeigten Fälle der Region sinken lässt; ein Umstand der in diesem zeitlichen Zusammenhang eher als Vergrößerung des Dunkelfeldes anstatt als Abnahme der Partnergewalt zu interpretieren ist.

Ein anderes Problem ist in diesem räumlichen Zusammenhang die Erreichbarkeit beispielsweise selbst durch die Polizei bei akuten Notlagen. Liegen häusliche Gefahrensituationen vor und gelingt es dem Opfer oder anderen Personen, die Polizei zu alarmieren, so vergeht in der

Regel aufgrund der großen Entfernungen wertvolle Zeit bis die Helfer vor Ort sein können. Hierüber ist sich die anrufende Person nicht selten bewusst und stößt somit auf eine generelle zusätzliche Hürde für die Nutzung dieses Hilfesuchs (vgl. Völschow/Helms 2013); wo doch die Schwierigkeit Partnergewalt aus dem informellen ins institutionalisierte Hilfesystem zu bringen, sowieso schon existiert (vgl. Cattaneo et al. 2007; Brzank 2012: 42ff.).

Soziale Besonderheiten ländlich geprägter Räume

Neben der räumlichen Erreichbarkeit von Beratungsstellen und Frauenhäusern, bietet das soziale Gefüge in ländlich geprägten Regionen zusätzliche Unwägbarkeiten, sich bei Partnergewalt überhaupt zu zeigen. So sind die offiziellen Anzeigedaten der PKS, deren Auswertung verdeutlicht, dass in ländlich geprägten Räumen weniger Gewalt zur Anzeige kommt, nicht zwingend ein Indiz für ein geringeres Gewaltaufkommen auf dem Land. Vielmehr kann der ländliche Raum mit seinen speziellen sozialen (Nachbarschafts-)Gefügen dazu einladen, weniger anzuzeigen und damit eher den Täter und nicht unbedingt das Opfer zu schützen (vgl. Völschow 2014c). Ländlichen (Nachbarschafts-)Strukturen wird konstatiert, dass hier eher tradierte Werte von Familie und sozialem Miteinander im Vordergrund stehen. Dabei wirken gruppensoziologisch begründbare Aspekte, die in der kleineren – dörflichen - Gemeinschaft sowohl den Zusammenhalt aber auch die Angewiesenheit aufeinander betonen und ein Ausscheren schwieriger werden lassen (zusammenfassend Völschow 2014c). Das trifft entsprechend der ersten Vechtaer Untersuchungsergebnisse auch heute noch vielerorts zu – wobei diese, wie alle hier getroffenen Aussagen der Stadt-Land-Differenzierung, die Wahrnehmung der professionellen AkteurInnen schärfen sollen, ohne zu stigmatisierenden Etikettierungen einzuladen (vgl. Völschow 2014: 16; Völschow/Janßen/Bajaa 2012). Es gibt nämlich nicht den einen ländlichen Raum sondern sehr unterschiedlich ausgeprägte.

In ländlichen Räumen sind dabei die verschiedenen Lebensbereiche Arbeit, Partnerschaftsgestaltung und Familienleben sowie die Freizeitgestaltung oft viel enger miteinander verwoben als in urbanen. Nicht selten ist beispielsweise der Arbeitskollege auch der Vereinsfreund und noch dazu womöglich mit dem Schwager verwandt etc. (Schmidt 2011: 39). In nicht zu stark durch demografischen Wandel ausgedörrten Regionen ist außerdem auch die Zugehörigkeit zu – traditionellen - wertestützenden Vereinen und Kirchen etc. ausgeprägter. Das bietet zwar die Option einer stärkeren sozialen Kontrolle und damit einen potentiellen Schutz, führt aber auch dazu, dass bei von der Norm abweichendem Verhalten, das möglicherweise in einem der Lebensbereiche aufgedeckt wird, ein Ausschluss aus den anderen Bereichen wahrscheinlicher wird (zusammenfassend Völschow 2014a: 49f.). Daher werden generell tabuisierte Problemlagen, wie die Partnergewalt, noch mehr verdeckt gehalten. Das betrifft insbesondere Konstellationen, in denen der Täter im Ort ein hohes Ansehen aufweist. Hier besteht für eine von Gewalt betroffene Person verstärkt die Gefahr, dass ihr nicht geglaubt wird, wenn sie sich als Opfer zeigt. Neben der Angst, dass ihr nicht geglaubt wird, besteht auch Furcht davor, das nach Außen gepflegte Bild der normgerechten Beziehung bzw. Familie zu zerstören und dadurch aus der Gemeinschaft ausgeschlossen zu werden (vgl. Völschow 2014c).

Besonderheiten des professionellen Agierens in ländlich geprägten Räumen

Das engere Netz in ländlichen Räumen betrifft dabei nicht nur das Alltagsleben sondern spiegelt sich auch in den professionellen Feldern wieder. So beschrieben befragte VertretInnen von Polizei, Beratungsstellen und Frauenhäusern, dass sich bei der Inanspruchnahme institutioneller Unterstützung im Zusammenhang mit Partnergewalt nicht selten wegen des höheren Bekanntheitsgrades untereinander, der in der beschriebenen engeren Vernetzung von Arbeit, Familie und Freizeitgestaltung in ländlich geprägten Räumen begründet liegt, sogenannte Interrollenkonflikte ergeben können (zusammenfassend Völschow 2014b: 188f.). Wenn beispielsweise der zum Einsatzort gerufene Polizist dort auf den Sportskollegen oder Vater eines Spielkameraden des eigenen Sohnes trifft, bieten sich hier eher potentiell persönlich unangenehme Situationen, die besonders diplomatisch aber auch couragiert gelöst werden möchten, statt Anzeichen der Verbündung mit dem Täter zu zeigen. Nicht immer geschieht der offizielle Einsatz dann auf eine für das beteiligte Opfer verträgliche bzw. vertrauenserweckende Art. Die engere Verknüpfung der professionellen AkteurInnen mit potentiellen Tätern und Opfern kann unter Umständen jedoch gerade auch zu einer effektiveren Wirkung des Einsatzes bzw. Kontaktes führen, wenn nämlich die für ländliche Gegenden beschriebene stärkere soziale Kontrolle tatsächlich im angestrebten Sinne wirkt. Voraussetzung dürfte die professionelle Nutzung des persönlichen Zugangs - ohne eine nachteilig ausfallende Verstrickung - sein (vgl. Völschow 2014c)

Zudem begünstigen die größeren Bekanntheitsgrade unterschiedlicher professioneller AkteurInnen in ländlich geprägten Räumen nicht selten eine leichtere und schnellere Vernetzung und Kooperation untereinander, von der die Hilfesuchenden dann im Sinne unkomplizierter zeitnah umgesetzter Hilfsangebote profitieren können (zusammenfassend Völschow 2014a: 51).

Als letzter Aspekt soll die ebenfalls in den Experteninterviews erwähnte stärkere Personengebundenheit professioneller Angebote in ländlichen Räumen hingewiesen werden. Hat ein weniger engagierter professioneller Akteur bzw. eine weniger engagierte professionelle Akteurin eine zentrale Position inne und ist womöglich Kooperationen und neuen Entwicklungen gegenüber eher resistent, so schlägt sich dies ebenso – in diesem Falle negativ -- auf die Qualität und Innovationsfreudigkeit der Ausgestaltung eines institutionellen Angebotes nieder, wie sie positiven Einfluss hat, wenn er bzw. sie sich entsprechend kooperierend vernetzt, engagiert und couragiert einsetzt (vgl. Völschow 2014).

Fazit

Der ländliche Raum bietet Potentiale als auch Hürden bei Prävention und Intervention von Partnerschaftsgewalt. So stellt die engere Verbundenheit und Bekanntheit untereinander womöglich einen verstärkten Opfer- ggf. aber auch Täterschutz dar, weil das für die Eingebundenheit in die Gemeinschaft wichtige normkonforme Verhalten nach außen Verschleierungen und Bagatellisierungen von Partnergewalt begünstigen kann. Professionelle AkteurInnen in ländlichen Gegenden sind eingeladen, hierauf besonders zu achten und bei der Entwicklung von Interventionen jeglicher Art zu berücksichtigen. Letztlich sollten – wie in allen entsprechenden professionellen Zusammenhängen -- die Anliegen und Hinweise des Opfers sehr ernst genom-

men werden. Vermutlich könnte insbesondere in ländlichen Räumen eher von Verharmlosungen als von Übertreibungen auszugehen sein.

Die professionellen AkteurInnen sollten mit Blick auf ihre eigene Eingebundenheit in die ländliche Gemeinschaft zudem ihr Rollenverhalten insbesondere mit Blick auf mögliche Interrollenkonflikte reflektieren und hierfür zur Stärkung der eigenen Sicherheit und Professionalität ggf. auch Supervision bzw. kollegialen Austausch nutzen.

Nicht zuletzt sei daran erinnert, die hier gelesenen Informationen eher für ländliche Besonderheiten sensibilisierend - und nicht aber etikettierend bis stigmatisierend - zu gebrauchen.

Literatur:

- Brzank, P. (2012): Hilfesuchverhalten im Kontext von Partnergewalt gegen Frauen. Dissertation zur Erlangung des Grades des Dr. P.H. an der Technischen Universität Berlin. Online-Publikation verfügbar unter URL: http://www.google.de/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=1&cad=rja&uact=8&ved=0CC0QFjAA&url=http%3A%2F%2Fopus4.kobv.de%2Fopus4-tuberlin%2Ffiles%2F2711%2F01_brzank_petra.pdf&ei=3gowU9-IN-HC7AbAlIDIBg&usg=AFQjCNGI-l-wmfa2dpoEvsnidJ7OLzVrKxQ [letzter Zugriff: 24.03.2014]
- Bundesministerium des Inneren (2012): Polizeiliche Kriminalstatistik 2011, Berlin. [Online] URL: http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/2012/PKS2011.pdf?__blob=publicationFile [Stand: 19.03.2014].
- Bundesministerium des Inneren (2013): Polizeiliche Kriminalstatistik 2012, Berlin. [Online] URL: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/2013/PKS2012.pdf?__blob=publicationFile [Stand: 19.03.2014].
- Cattaneo, L.B./ Stuewig, J./ Goodman L.K./ Kaltman, S./ Dutton, M.A. (2007). Longitudinal helpseeking patterns among victims of intimate partner violence: The relationship between legal and extralegal service. *American Journal of Orthopsychiatry* 77(3): 467-477.
- Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) (2007): OECD-Prüfbericht zur Politik für ländliche Räume. Paris: OECD. [Online] URL: <http://www.bmelv.de/SharedDocs/Downloads/Landwirtschaft/LaendlicheRaume/OECD-Pruefbericht.pdf> [19.03.2014].
- Schmidt, T. (2011): Einheimische und Zugereiste. Partizipation und soziale Modernisierung im ländlichen Raum (Reihe: Kultur und gesellschaftliche Praxis). Wiesbaden.
- Völschow, Y. (2014): Kriminologie ländlicher Räume: Eine mehrperspektivische Regionalanalyse. Wiesbaden.
- Völschow, Y. (2014a): Kinderschutz in ländlich geprägten Regionen. In: *Kinder- und Jugendschutz in Wissenschaft und Praxis (KJug)*, 59. Jg., S. 48 – 51.
- Völschow, Y. (2014b): Gewalt in der Familie: soziologische und psychologische Erklärungsansätze. In R. Nave-Herz *Familiensoziologie: Ein Lehr- und Studienbuch*. Berlin. S. 183-198.
- Völschow, Y. (2014c, im Erscheinen): Gewalt gegen Frauen in ländlichen Räumen: Sozialräumliche Implikationen für Prävention und Intervention. In: *Trauma & Gewalt: Forschung und Praxisfelder*. Klett-Cotta-Verlag, Stuttgart.
- Völschow, Y./Janßen, W./Bajaa, M. (2012): Vorannahmen mit Zuschreibungstendenz in der Arbeit mit gewaltverfahrenden Jugendlichen mit Migrationshintergrund. In: *Migration und Soziale Arbeit*. Heft 4/12. Juventa Verlag, Weinheim. S. 336-342.
- Völschow, Y./Helms, Z.-M. (2013): Sicherheitsbezogene Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsmuster professioneller Akteure im ländlichen Raum. Unveröffentlichter Teilprojektbericht zum BMBF geförderten Projekt SIMENTA der Universität Vechta.

StoP! Stadtteile ohne Partnergewalt – Ein neues Konzept zur Prävention nimmt Gestalt an¹

Prof. Dr. Sabine Stövesand, Professorin für Soziale Arbeit an der Hochschule für angewandte Wissenschaften Hamburg

Gewalt in Partnerschaften ist kein neues, aber ein anhaltendes und ungelöstes soziales Problem. Die erste bundesweite repräsentative Untersuchung mit 10.000 Teilnehmerinnen zur Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland aus dem Jahr 2003 (BMFSFJ 2004) ergab, dass jede zweite bis dritte Frau nach dem 16. Lebensjahr körperliche Gewalt oder Übergriffe erlebt hat und fast jeder siebten widerfuhr sexualisierte Gewalt im Sinne einer strafrechtlich anerkannten Definition. In 99% der Fälle handelte es sich bei den Tätern um männliche Beziehungspartner, die Gewalt findet in der Regel in den eigenen vier Wänden statt. Laut Carol Hagemann-White und Sabine Bohne erleiden mindestens 22% aller Frauen in Deutschland geschlechtsbezogene Gewalt in einer Weise, die ihre Gesundheit beeinträchtigt (2003: 15, vgl. BMFSFJ 2009). Mitbetroffen sind immer auch, mit massiven Folgen für ihre Gesundheit und Entwicklungschancen, die im Haushalt lebenden Kinder (vgl. Kavemann/ Kreyszig 2006).

Vernachlässigte Größe – die Nachbarschaft

Die professionellen sozialarbeiterischen Interventionen in diesem Problemfeld basieren zu meist auf Ansätzen aus dem Bereich der Beratung oder der Gruppenarbeit und richten sich vor allem an die Opfer von Gewalt. In den letzten Jahren kamen zunehmend auch die Täter in den Blick. Wenig Aufmerksamkeit erhielten bisher das unmittelbare Wohn- und Lebensumfeld der Betroffenen und die – direkt oder indirekt - beteiligten Dritten.

Gerade weil Beziehungsgewalt überwiegend zu hause stattfindet, könnte jedoch die lokale community eine wichtige Funktion für die Eindämmung häuslicher Gewalt und den Schutz bedrohter oder betroffener Personen spielen. Ihre (Nicht) Reaktion hat Einfluss, kann Täter ermutigen oder behindern. Gewaltwiderfahrnis geht häufig einher mit dem Verlust sozialer Bezüge. Je weniger sozial eingebunden die Gewaltopfer sind, je anonym und indifferenter die Nachbarschaft, desto gefährdeter sind sie. Gleichzeitig sind NachbarInnen in Krisensituationen diejenigen, die am schnellsten für die Betroffenen von Beziehungsgewalt erreichbar sind und umgekehrt den kürzesten Weg haben, um zu intervenieren. Sie sind diejenigen, die am ehesten zu direkten ZeugInnen werden und sich eventuell selbst betroffen und gestört fühlen.

1 Dieser Artikel kann zitiert werden als: Stövesand, Sabine. 2013. StoP! Stadtteile ohne Partnergewalt – Ein neues gemeinwesenbezogenes Konzept zur Prävention nimmt Gestalt an. Überarbeitete Vortragsfassung, HAW Hamburg.

Damit haben NachbarInnen im Prinzip eine besondere Qualität und (potentielle) Motivation, die einzigartige Anknüpfungspunkte für die Anti-Gewaltarbeit bieten.

Es ginge dabei zum einen um die nachbarschaftsorientierte Mobilisierung sozialer Unterstützung und sozialer Kontrolle, d.h. um die *Interventionsbereitschaft* des Umfelds. Zum anderen müssten Opfer und Täter sich ermutigt fühlen, ihre Situation zu verändern und sich anzuvertrauen. Diese *Veröffentlichungsbereitschaft* ist gerade angesichts des, so empfundenen, privaten Charakters der Beziehungsgewalt sehr bedeutsam. Interventions- und Veröffentlichungsbereitschaft werden hier allerdings nicht als individuelle moralische Dispositionen verstanden, sondern als abhängig sowohl von persönlichen Vorerfahrungen, Ängsten und Einschätzungen, als auch von geltenden, gesellschaftlich vermittelten Normen und spezifischen Ressourcen wie Zeit, Geld und Bildung.

Das meint zum Beispiel: je sicherer Gewaltbetroffene davon ausgehen können, nicht mit persönlichen Schuldzuweisungen und Bagatellisierungen rechnen zu müssen, desto leichter wird es ihnen fallen, ihre Situation anzusprechen; je benachteiligter ein Quartier ist, desto stärker sind zumeist die Belastungen, die auf den Beziehungen liegen; je weniger belastet die Beziehungen sind, desto mehr steigen die Chancen, Hilfsbereitschaft zu erfahren; je größer das kulturelle und ökonomische Kapital ist, über das Menschen verfügen, desto umfangreichere soziale Netze und desto mehr Unterstützung können sie bieten. Von daher müsste ein sozial-räumlich orientiertes Handlungskonzept individuelle und strukturelle Aspekte verknüpfen.

Gemeinwesenarbeit in Hamburg – Tarantula in St. Pauli-Süd ...

Genau dies ist der Kern von Gemeinwesenarbeit (GWA). GWA befördert den Aufbau lokaler sozialer Netzwerke, unterstützt individuelle und kollektive Handlungsfähigkeit sowie die Verbesserung der materiellen und immateriellen Lebensbedingungen in einem Quartier (vgl. Hinte/Lüttringhaus/Oelschlägel 2001). Gemeinwesenarbeit an sich ist kein neuer Ansatz, neu ist die hier vorgeschlagene systematische Anwendung auf die Prävention und Reduktion von Beziehungsgewalt. Dazu liegen praktische Erfahrungen aus der Nachbarschaftsarbeit in St. Pauli vor.

Dort initiierte und begleitete die GWA St. Pauli, eine alteingesessene Stadtteilinstitution, über mehrere Jahre ein Projekt, in dessen Mittelpunkt die männliche Gewalt im sozialen Nahbereich stand. Das Projekt verstand sich als Ergänzung zur Arbeit der Frauenhäuser, seine Ziele waren 1. einen „Klimawechsel“ im Stadtteil herbeizuführen, so dass die Gewalt nicht länger ignoriert und toleriert wird; 2. die Bewusstwerdung über Geschlechterrollen bei Männern und Frauen, Mädchen und Jungen und die Erweiterung von Handlungsmöglichkeiten zu unterstützen; 3. die nachbarschaftliche Einmischung und praktische Solidarität mit den Opfern zu fördern, so dass Frauen (und Kinder) nicht aus ihrer Wohnung flüchten und den Stadtteil gegen ihren Willen verlassen müssen.

Die konkrete Utopie bestand darin, dass NachbarInnen, die Schreie und Gepolter aus der Wohnung unter ihnen nicht mehr ignorieren, Gewaltopfer, die Verletzungen nicht verschämt

kaschieren, sondern thematisieren, die Kassiererin im Supermarkt einer Frau mit „Veilchen“ ein Informationsblatt zu „Gewalt gegen Frauen“ anbietet, der Kioskbetreiber im Viertel seinen Laden zum „Notausgang“ deklariert, in dem Betroffene umsonst Hilfe herbeitelefonieren können, Männer sich in Kneipenrunden ausdrücklich für Gewaltfreiheit und partnerschaftliche Beziehungen aussprechen. Zentral war der Versuch, dieses bis heute stark tabuisierte Problem zum Gegenstand von Stadtteilöffentlichkeit zu machen, es aus der Privatheit und Unsichtbarkeit heraus zu holen und Menschen vor Ort zu ermutigen, sich aktiv damit auseinander zu setzen.

Das Projekt bestand aus mehreren Bausteinen:

- Befragung von Professionellen im Stadtteil (Ärzte, Polizei, Beratungsstellen, Schulsozialarbeiter) über ihre Erfahrungen und Einschätzungen zum Vorkommen von Gewalt gegen Frauen im häuslichen Bereich. Ziel war neben der Informationsgewinnung auch die Sensibilisierung und Öffentlichkeitsarbeit für das Thema.
- Gestaltung einer Unterrichtseinheit in der Grundschule, in der spielerisch die geschlechtsspezifisch unterschiedliche Wahrnehmung der Umwelt erforscht und visualisiert werden konnte.
- Durchführung von Selbstverteidigungskursen für Frauen und Mädchen.
- Einrichtung einer Beratungszeit in den Räumen der GWA St.Pauli-Süd nur für Frauen. Bei der Bekanntmachung in Arztpraxen, Geschäften u.s.w. wurde das Thema der familiären Gewalt explizit angesprochen.
- Herstellung von Öffentlichkeitsmaterialien
- Aufbau einer nachbarschaftlichen Aktionsgruppe mit dem Ziel, das Thema in den Stadtteil zu tragen und Menschen zu ermutigen bei Gewalttätigkeiten einzugreifen.²

Diese Gruppe bildete das Herzstück des Projektes. Nach anfänglich großer Fluktuation stabilisierte sie sich bei 5 - 8 Frauen, eine davon mit türkischem Migrationshintergrund. Sie veranstaltete Filmabende und Lesungen im Stadtteilzentrum, entwarf und verteilte Infoblätter, Aufkleber und Plakate überall im Viertel, war mit Informationstischen präsent und führte eine Befragung von AnwohnerInnen durch. Männer und Frauen berichteten dabei von ihren Erfahrungen mit Gewaltsituationen, ihrer Ratlosigkeit, ihren Befürchtungen und ihren Strategien des Umgangs, fragten nach Verhaltenstipps und Institutionen, die weiterhelfen können. Höhepunkt der Aktivitäten war eine große Ausstellung in der nächstgelegenen Einkaufsstraße, die weibliche Rachephantasien und Gewalt gegen Frauen zum Thema hatte und die von ca. 3000 PassantInnen gezielt angeschaut wurde.

Dieses Hamburger Stadtteilprojekt hatte in seiner Art für die Bundesrepublik Pilotcharakter. Zu den Elementen gelingender Praxis gehören nach diesen Erfahrungen u. a. gender- und interkulturelle Kompetenz der MitarbeiterInnen, die Arbeit mit geschlechtlich und ethnisch gemischten Teams, zugehende Arbeit und Arbeit mit bzw. Unterstützung von Schlüsselpersonen sowie die Analyse und Nutzung der Schnittstellen des Gewaltthemas zu Themen- und Problemstellungen anderer interner Arbeitsbereiche des Trägers oder anderer Organisationen im Stadtteil (nicht zusätzlich!).

² Ausführlicher dazu: Stövesand 2007

... und StoP Steilshoop

Seit 2010 werden die unten genannten Bausteine dieses Nachbarschaftskonzeptes, unterstützt von der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz und dem Bezirk Wandsbek unter der Leitung von Prof. Dr. Stövesand (HAW Hamburg) in der Hamburger Großwohnsiedlung Steilshoop erprobt. Das Projekt „StoP“© (Stadtteile/Steilshoop ohne Partnergewalt) hat eine Laufzeit von drei Jahren. Kooperationspartner vor Ort sind die Quartierentwicklung, die Elternschule und das Haus der Jugend Steilshoop.

StoP Bausteine – Methodisches Vorgehen

Schritte und Methoden, die genuine Bestandteile eines GWA-orientierten Handlungskonzeptes zur Prävention und Reduktion von Beziehungsgewalt sein sollten:

1. explizite Entscheidung einer Einrichtung bzw. eines Trägers, das Thema aufzugreifen und Ressourcen (Personal, Räumlichkeiten, Finanzmittel) dafür zur Verfügung zu stellen
2. Erforschung des Gemeinwesens und gleichzeitige Aktivierung (Sozialraumanalyse, aktivierende Befragung, Techniken des Community Organizing)
3. Aufbau nachbarschaftlicher Aktionsgruppen (durch eine differenzierte Öffentlichkeitsarbeit; in der Gruppe: z.B. Biographie- und Erinnerungsarbeit)
4. Verbreiterung des Aufbaus nachbarschaftlicher Netzwerke und von Öffentlichkeits- und Bewußtseinsarbeit (z.B. Straßenfeste, Flohmärkte, Ausstellungen umsonst und draußen, künstlerische Interventionen, öffentliche Infotische, Filmabende, alltagsorientierte Erwachsenenbildung, Schulprojekte, dialogisches Lernen, Zukunftswerkstatt, Forum- und Statuentheater)
5. Initiierung bzw. Ausbau von Vernetzung und Kooperationen auf Stadtteilebene: Aufbau von bzw. gezielte Mitarbeit in Stadtteilarbeitskreisen, Ressourcenbündelung, gegenseitige Qualifizierung
6. Angebote individueller Unterstützung (Rechts- und Sozialberatung, Vermittlung von Kontakten zu anderen Institutionen herstellen oder Kooperationen mit ihnen eingehen, personenzentrierte Netzwerkarbeit)
7. Etablierung einer kontinuierlichen, kleinteiligen Beziehungs- und Organisationsarbeit (siehe unter 3. und 4.)
8. Entwicklung politischer Bündnisse und politischer Forderungen (Strategieentwicklung und Anwendung gezielter Taktiken, politische Netzwerkarbeit)

In Steilshoop ging die Initiative für das Projekt von einem lokalen Träger, dem Haus der Jugend, aus. Es gab keinen einzelnen Träger vor Ort, der eine Personalstelle und Sachmittel zur Verfügung stellen konnte. Stattdessen wurde eine kooperative Trägerstruktur aus verschiedenen Stadtteileinrichtungen, die mit der Thematik im Rahmen ihrer regulären Aufgabenstellung zu tun hatten, und der Hochschule für angewandte Wissenschaften (HAW) etabliert. Die HAW stellte eine halbe befristete Stelle, besetzt mit einer pädagogisch, gender-, migrations- und forschungskompetenten Mitarbeiterin zur Verfügung.

„StoP“-Steilshoop startete mit einer aktivierenden Befragung von 30 Schlüsselpersonen aus dem Stadtteil, darunter Vertreter/innen verschiedener religiöser Gemeinschaften, zivilgesellschaftlicher Gruppen und aus Sozial- und Bildungseinrichtungen. Die Befragung diente ebenso der Informationsgewinnung (Eindruck vom Stadtteil, Gewaltvorkommen, Gewaltverständnis), wie der Initiierung von Bewußtwerdungsprozessen (Reflexion über Partnergewalt ausgelöst durch die Interviewfragen), dem Beziehungsaufbau und auch der Identifizierung potenzieller Nachbarschaftsaktivist/innen (Nennung potenzieller Mitstreiter/innen aus der Nachbarschaft, Schneeballprinzip) sowie der Aktivierung der Gesprächspartner/innen (Ideen zur Mitarbeit, erfragen, vorstellen und vereinbaren). Die Interviews wurden dokumentiert und werden für den Abschlussbericht ausgewertet.

Über diese Kontakte entstanden Gesprächsgruppen mit Frauen aus Steilshoop, betitelt „Küchentliche“. Angeregt wurden Prozesse der Selbsterfahrung und der sozialen Selbstverständigung. Im zweiten Teil des Treffens wurden zumeist über konkrete Aktionen gesprochen und Verabredungen getroffen. Ein häufig eingesetztes Mittel waren Rollenspiele zu Themen wie: „Wie spreche ich eine Nachbarin an, von der ich meine, dass sie Gewalt erfährt?“ oder „Was sage ich, wenn jemand meint, Gewalt sei Privatsache?“ oder „Soll ich mich unmittelbar in eine Gewaltsituation einmischen?“

Einige Monate später konstituierte sich auch eine Männergruppe, gemeinsam initiiert von einem externen Moderator (Herr Regio-Diaz) und einem interessierten, aktiven Steilshooper. Mittlerweile gibt es auch eine engagierte Gruppe von Jugendlichen, die sich regelmäßig treffen, ein eigenes Plakat entworfen haben und ein Gruppe, die ein Theaterstück zum Thema auf die Bühne gebracht haben.

Insgesamt wurde deutlich, wie heikel das offene/öffentliche Gespräch über die private Gewalt ist, wie viele Stereotype das Denken und Handeln bestimmen, gerade auch, was die kulturellen Zuschreibungen betrifft („passiert nur bei den Ausländern... „) und dass Menschen, die selbst stark unter eigenen Gewalterfahrungen leiden, eine Überforderung für die Gruppe sein können und es dafür unter Umständen eigene Orte braucht. Die Tatsache der hohen Fluktuation unter den Gruppenmitgliedern, besonders zu Anfang kann auch als Hinweis darauf gedeutet werden, dass es schwer erträglich ist, wenn das Thema durch die Gespräche und Erfahrungen aktualisiert wird bzw. so nahe kommt.

Zentral für „StoP“ ist eine niedrigschwellige, lokal angepasste *Öffentlichkeitsarbeit*. Die Gruppen produzierten gemeinsam mehrere Plakate, auf dem die Aktiven und Unterstützer/innen „Gesicht zeigten“. Motto: Wir sind dabei!

Die Aktiven besuchten zahlreiche Gewerbe, sprachen mit Kioskbesitzern, Apotheker/innen, Ärzten, Sparkassenangestellten mit dem Resultat, dass die Plakate wochenlang in vielen Schaufenstern hingen und gleichzeitig die Informationsarbeit Kreise gezogen hatten. Das Plakat führte häufig zu spontanen Gesprächen („Bist du das nicht auf dem Plakat, das da im Einkaufszentrum hängt?“). Mittlerweile gibt es „StoP“ Aufkleber, Postkarten, T-Shirts und Faltblätter in vier verschiedenen Sprachen.

Darüber hinaus gab es diverse Artikel in lokalen Printmedien, Radiosendungen, Informationsstände z.B. auf dem Stadtteilfest und dem Weihnachtsbasar und Videoclips. Mit einer aktivierenden Befragung“, durchgeführt von Bewohner/innen sowie dem Leiter der Männergruppe wurden mehrere Hundert Interviews durchgeführt.

Wichtig war auch die *Ausstellung „Herzschlag“*, erstellt von Mitarbeiterinnen und Bewohnerinnen des Frauenhauses Norderstedt, die im Bildungszentrum und noch einmal im Einkaufszentrum gezeigt wurde. Ein Novum in der Ausstellungsgeschichte war, dass sie nicht ausschließlich von professionellen Sozialarbeiterinnen begleitet wurde, sondern die StoP-Aktiven aus dem Stadtteil in den Nachmittags-Öffnungszeiten für Fragen zur Ausstellung bereit standen. Vormittags besuchten Schulklassen die Ausstellung.

Vor dem Start der Gruppenarbeit und parallel zu ihr gab es Projektvorstellungen bei zentralen Stadtteilgremien: - Stadtteilbeirat Steilshoop / - Sozial-AG / - FinanzAG des Stadtteilbeirates / - Koordinierungskonferenz (30jährige Selbstkoordinierung des Stadtteils. Gleich zu Anfang wurde auch ein ganztägiger workshop für Professionelle und interessierte Anwohner/innen durchgeführt. Zusätzlich gab es Informationsveranstaltungen mit der Polizei, Frauenhausmitarbeiterinnen, pro aktiv und einem männlichen Gewaltexperten, ebenso wie eine Lesung und einen Filmabend.

StoP hat über den Stadtteil hinaus Kontakte zu Fachleuten in verschiedenen Zusammenhängen hergestellt und

- Bezirk Wandsbek: Sozialdezernat, Sozialraummanagement, Jugendamt,
- Hamburgebene: Vorstellung beim „Runden Tisch gegen häusl. Männergewalt in HH“, Gesprächskreis auf Behördenebene, Gespräche mit ParteienvertreterInnen
- Bundesebene: Vortrag beim Vernetzungstreffen der Interventionsstellen, beim Deutschen Präventionstag, beim bundesweiten Frauenhaustreffen
- EU: Vorstellung beim internationalen Forschungsnetzwerk zu „Gender und Gewalt“

„StoP“ Aktuell und Perspektiven

Die in 2013 abgeschlossene Projektphase konzentrierte sich auf das Angebot einer systematischen **Fortbildung** zum „StoP“-Ansatz (7 Module). Im Januar 2013 starteten in Hamburg zwei Gruppen: Eine mit aktiven BewohnerInnen aus Steilshoop. Sie erhielten im Anschluss eine Bescheinigung der HAW und wollen als „StadtteilbotschafterInnen“ Interessierte in anderen Stadtteilen gezielt informieren sowie die Arbeit in Steilshoop weiter festigen. Eine zweite Gruppe war für und mit Hamburger KollegInnen aus der Praxis konzipiert, die in einer stadtteilorientierten sozialen Einrichtung tätig sind und/oder mit diesem Ansatz weiter arbeiten möchten. AbsolventInnen der Fortbildung können für die eigene Weiterarbeit die „StoP“-Materialien nutzen und erhielten ebenfalls eine Bescheinigung. Seit Januar 2014 gibt es aus diesem Zusammenhang heraus ein neues StoP-Projekt in einem weiteren Hamburger Stadtteil (Horner Geest).

Das Konzept ist natürlich auch auf andere Städte übertragbar. Für die Arbeit im ländlichen Raum müsste das Konzept vermutlich im methodischen Teil angepasst werden. Die Fortbildung und damit verbunden die Nutzung von Flyern und diversen Öffentlichkeitsmaterialien, sowie Beratung und Begleitung hinsichtlich der Umsetzung des StoP-Konzeptes könnten *auch in anderen Bundesländern* angeboten werden, so denn eine entsprechende Finanzierung vorhanden wäre.

Mehr Informationen finden sich auf der StoP-Internetseite unter <http://stop-partnergewalt.org> oder www.stop-partnergewalt.org

Kritische Punkte, die es insgesamt zu reflektieren und diskutieren gilt, aber hier nur angerissen werden können, sind unter anderem die Form, in der soziale Kontrolle ausgeübt wird oder die mögliche Instrumentalisierung von privatem Engagement zum Abbau staatlicher Leistungen, z.B. für Frauenhäuser und Beratungsstellen. Es ist zu betonen, dass die Mobilisierung informeller lokaler Netzwerke und die Nutzung professioneller Angebote vor Ort, ebenso wie lokal ansetzende Arbeit und die Erschließung übergreifender öffentlicher Ressourcen, nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen, sondern sich ergänzen müssen.

Literatur:

- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. 2004. Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland. Eine repräsentative Untersuchung zu Gewalt gegen Frauen in Deutschland. Zusammenfassung der Studienergebnisse. Berlin
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. 2009. Gewalt gegen Frauen in Partnerschaften. Berlin
- Hinte, Wolfgang/ Lüttringhaus, Maria/ Dieter, Oelschlägel (Hg). 2001. Grundlagen und Standards der Gemeinwesenarbeit. Münster
- Kavemann, Barbara/Kreyssig, Ulrike (Hg.) 2006. Handbuch Kinder und häusliche Gewalt. Wiesbaden
- Stövesand, Sabine. 2007. Mit Sicherheit Sozialarbeit! Gemeinwesenarbeit als innovatives Konzept zur Reduktion von Gewalt im Geschlechterverhältnis unter den Bedingungen neoliberaler Gouvernementalität. Münster
- Stövesand, Sabine. 2012. StoP – Stadtteile ohne Partnergewalt. Rückblick-Durchblick-Ausblick. Ein Jahr Stop Steilshoop. Broschüre. HAW Hamburg

Häusliche Gewalt – Schutz, Umgang und Prävention am Arbeitsplatz Das Konzept der Workplace Policy

Birte Rohles, Referentin für Häusliche und sexualisierte Gewalt bei der Frauenrechtsorganisation TERRE DES FEMMES e.V.

Gewalt gegen Frauen ist Alltag, ganz besonders im häuslichen Bereich. Weltweit sind etwa ein Drittel aller Frauen von Häuslicher Gewalt betroffen. Auch in Deutschland sind Frauen nicht sicher vor Gewalt. Etwa 40.000 Frauen müssen jährlich mit ihren Kindern in Frauenhäuser fliehen. Jede vierte Frau in Deutschland hat schon mindestens einmal in ihrem Leben Gewalt durch einen Beziehungspartner erlebt. Nicht nur die hohe Zahl der Betroffenen ist erschreckend, auch die Kosten der Gewalt sind enorm. Jährlich beträgt der volkswirtschaftliche Schaden allein in Deutschland rund 14 Milliarden Euro. Allein das hohe Ausmaß der Kosten zeigt: Häusliche Gewalt ist nicht privat – sie geht uns alle an!

Die konstant hohen Zahlen bei Häuslicher Gewalt zeigen, dass das Thema zukünftig nicht mehr allein dem Unterstützungs- und Beratungssystem überlassen werden darf, sondern von einer Vielzahl von gesellschaftlichen Akteuren aufgegriffen werden muss. Dazu zählen insbesondere auch Unternehmen und sonstige Arbeitgeber, denn die meisten Betroffenen – und auch Täter – gehen einer regelmäßigen Beschäftigung nach.

Ausmaß und Folgen der Gewalt

Häusliche Gewalt ist kein typisch deutsches Problem, sondern ein typisch weibliches Problem, zumindest was die Opferzahlen anbelangt. Weltweit haben rund ein Drittel aller Frauen Häusliche Gewalt erlebt. In der Europäischen Union sind es laut einer aktuellen Studie der Europäischen Grundrechteagentur 22 Prozent aller Frauen, die körperliche oder sexuelle Gewalt durch ihren Partner erlebt haben - und 43 Prozent mussten psychische Gewalt ertragen.¹ Für Deutschland liegen die Zahlen sogar über den EU-Durchschnitt. Hierzulande ist jede vierte Frau von Partnergewalt betroffen, und für etwa 150 Frauen jährlich endet diese Gewalt tödlich. Doch auch wenn glücklicherweise die Häusliche Gewalt nur in den wenigsten Fällen so tragisch endet, tragen Betroffene dennoch vielfältige gesundheitliche Folgen der Gewalt davon. Neben den körperlichen Verletzungen sind es psychische und psychosomatische Beschwerden, unter denen sie häufig ihr ganzes Leben zu leiden haben, wie zum Beispiel Magen-Darm-Probleme, Atembeschwerden oder Essstörungen. Auch Depressionen, bis hin zu Suizidgedanken, können langfristige Folgen von Häuslicher Gewalt sein.²

1 FRA: Gewalt gegen Frauen, eine EU-weite Erhebung, Luxemburg 2014.

2 Vgl. Brzank, Petra, 2012, S. 45 und Hornberg C., Schröttle, et al. 2008, s. 15. nach BMFSFJ 2004, s. 135ff. Ähnliche Ergebnisse erzielten u.a. die S.I.G.N.A.L.- Begleitforschung, darunter Brzank, Petra, et al., 2004, s. 113ff.

Häusliche Gewalt – ein Thema am Arbeitsplatz

Die gesundheitlichen Folgen beeinträchtigen Betroffene in allen Lebensbereichen, so auch bei der Arbeit. Durch Verletzungen fehlen sie häufiger oder lassen sich öfter krankschreiben, wenn sie zum Beispiel offensichtliche Blessuren davongetragen haben. Auf der Arbeit können sie in ihrer Konzentrations- und Leistungsfähigkeit vermindert sein und eine geringere Motivation zeigen aufgrund der Probleme Zuhause. Auch ist der Organisationsbedarf höher, zum Beispiel für die Kinderbetreuung, für Gerichts- und Beratungstermine oder für Behördengänge. Manche Partner versuchen ihre Partnerin daran zu hindern, zur Arbeit zu gehen, indem sie ihr die Handtasche oder die Schlüssel entwenden. Andere Partner wiederum belästigen ihre Partnerin auf der Arbeit, wovon dann das direkte kollegiale Umfeld der Betroffenen in Mitleidenschaft gezogen werden kann. Mögliche Beeinträchtigungen können sein:

- Versuch der persönlichen Kontaktaufnahme mit den Betroffenen am Arbeitsplatz oder mittelbar durch Dritte (z. B. andere Arbeitnehmer/innen, Passanten)
- Belästigung durch das Verwenden von Kommunikationsmitteln (z. B. SMS, Telefon, E-Mail, Briefe)
- missbräuchliche Verwendung personenbezogener Daten des Opfers
- Auflauern des Opfers vor dem Dienstgebäude, auf dem Arbeitsweg oder direkt am Arbeitsplatz

Am Arbeitsplatz können die Auswirkungen von Häuslicher Gewalt also direkt zu spüren sein. Im schlimmsten Fall kann dies für die Betroffene zu einer Kündigung führen, was auch eine zusätzliche Belastung für das kollegiale Umfeld oder die Personalabteilung darstellen kann. Für die Betroffene selber wäre der Verlust des Arbeitsplatzes besonders gravierend, da gerade für sie die ökonomische Unabhängigkeit wichtig ist, um sich aus der Gewaltbeziehung zu lösen. Auf der anderen Seite ist der Arbeitsplatz aber auch ein guter Ort, wo Betroffene Hilfe und Unterstützung erfahren können, wenn das Thema ernst genommen wird. Und dies sollte es von jedem Betrieb, alleine aus dem Grund, weil Unternehmen eine Fürsorgepflicht für ihre Beschäftigten haben.

Aber auch aus ökonomischer Sicht ist eine Beschäftigung von Unternehmen mit dem Thema Häusliche Gewalt sinnvoll. So entstehen für jedes Unternehmen Kosten, wenn MitarbeiterInnen von Häuslicher Gewalt betroffen sind, zum Beispiel durch längere Fehlzeiten, durch verminderte Arbeitsleistung oder durch erhöhte Personalfluktuation. Entsprechende Studien fehlen aber noch für Deutschland. Eine Untersuchung für die Schweiz hat aufgezeigt, dass dort die jährlichen Kosten von Häuslicher Gewalt mit 1,6 Milliarden Euro zu beziffern sind.³ Für Großbritannien werden die jährlichen wirtschaftlichen Produktionsverluste durch häusliche Gewalt auf 2,7 Milliarden Pfund beziffert.⁴

3 INFRAS (2013). Kosten von Gewalt in Paarbeziehungen. Forschungsbericht. Im Auftrag des Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann EBG.

4 Vgl. Walby, Sylvia, 2004. es sind sowohl Männer als auch Frauen eingerechnet. Zahlen beziehen sich auf die Zeitspanne von einem Jahr in Wales und England (2001).

Weltweites Engagement

Gerade weil Studien in Deutschland zum Thema „Häusliche Gewalt am Arbeitsplatz“ fehlen, lohnt ein Blick auf andere Länder. Besonders in den englischsprachigen Ländern wird zunehmend zum Thema Häusliche Gewalt am Arbeitsplatz geforscht, Organisationen bieten Trainings und Beratungen für Unternehmen an und Gewerkschaften erlassen Regelungen für diesen Bereich. International wird das Thema in Bereichen wie „Wirtschaft und Menschenrechte“ diskutiert. Hierzulande wurde das Thema zuletzt vom Deutschen Global Compact Netzwerk aufgegriffen, die für ihre Mitgliedsunternehmen die Broschüre „Menschenrechte fördern, Unternehmen stärken. Mit der Workplace Policy Mitarbeitende schützen.“ veröffentlicht haben.

Australien hat 2011 als erstes Land eine umfassende Studie zu den Auswirkungen von Häuslicher Gewalt am Arbeitsplatz erhoben. Die Studie „Safe at home, safe at work?“⁵ diente als Grundlage für weitere Studien aus Neuseeland (2013), Großbritannien (2014) und Kanada (2014). Ebenfalls in 2014 wurde auch in der Türkei eine Studie erhoben, deren Ergebnisse noch nicht veröffentlicht sind. Eine weitere Untersuchung gab es in Peru, durchgeführt von der Deutschen Entwicklungszusammenarbeit (GIZ), die sich vor allem mit den Kosten von Häuslicher Gewalt beschäftigt.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass – analog zur weltweiten Betroffenheit von Frauen von Häuslicher Gewalt – ca. ein Drittel der Befragten Häusliche Gewalt erlebt hat. Von den Betroffenen war etwa ein Drittel in ihrer Arbeitsleistung beeinträchtigt. Die große Mehrheit der Befragten glaubt, dass Häusliche Gewalt einen Einfluss auf das Arbeitsleben der Betroffenen hat und dass Unterstützung am Arbeitsplatz für Betroffene hilfreich sein kann. Es herrscht also eine große Akzeptanz von Maßnahmen gegen Häusliche Gewalt am Arbeitsplatz vor.

Die Studien zeigen sehr deutlich, dass Häusliche Gewalt nicht an der Haustür endet, sondern direkten Einfluss auf das Arbeitsleben der Betroffenen hat. So gaben über die Hälfte der Betroffenen in Neuseeland (56%) und in Kanada (55%) an, dass die Gewalt am Arbeitsplatz fortgesetzt wurde. In Australien war dies lediglich bei 17 Prozent der Fall, in Großbritannien bei 13 Prozent der Betroffenen. Sie wurden vor allem durch Anrufe und Emails belästigt, aber auch durch Besuche des gewalttätigen Partners am Arbeitsplatz. Wenn die Gewalt auch am Arbeitsplatz fortgesetzt wird, dann hat das in der Regel auch Auswirkungen auf die KollegInnen, und sei es nur durch erhöhten Zeitaufwand für Gespräche. Denn immerhin hat mehr als ein Drittel der Betroffenen bei der Arbeit mit jemanden über die erlebte Gewalt gesprochen. Aber der Stress zu Hause führt auch zu mehr Stress mit den KollegInnen. So gaben in der Studie aus Großbritannien zum Beispiel über 90% der Betroffenen an, dass die Gewalt Konflikte und Spannungen mit den KollegInnen hervorgerufen hat. Und jede vierte Betroffene berichtete, dass KollegInnen ebenfalls bedroht oder belästigt worden sind. Es zeigt sich also, dass Häusliche Gewalt auch die Sicherheit des Arbeitsumfeldes beeinträchtigen kann.

5 McFerran, L. (2011). Safe at home, safe at work? National domestic violence and the workplace survey (2011). Australia: Australian Domestic and Family Violence Clearinghouse.

Das Konzept der Workplace Policy

Den Auswirkungen von Häuslicher Gewalt stehen Arbeitgeber aber nicht machtlos gegenüber. Das Konzept der „Domestic Violence Workplace Policy“ bietet verschiedene Anregungen und Maßnahmen, um das Thema Häusliche Gewalt am Arbeitsplatz zu platzieren.

Die so genannte Workplace Policy ist im besten Fall eine Selbstverpflichtung oder Dienstvereinbarung von ArbeitgeberInnen, sich sowohl intern als auch extern gegen Häusliche Gewalt zu positionieren. Mitte der 1990er Jahre hielt dieses Konzept Einzug in den angelsächsischen Raum und fand rasch seinen Weg in viele Unternehmen und öffentliche Verwaltungen. Beispielfähig stehen hierfür American Express, Vodafone, British Telecom oder auch diverse britische, australische und amerikanische Verwaltungen. Betriebe sehen darin sowohl ihre Fürsorgepflicht für betroffene MitarbeiterInnen gewährleistet als auch die Chance, die Produktivität der Beschäftigten im Sinne einer effektiven Unternehmensführung zu optimieren. Im Rahmen einer Workplace Policy engagieren sich in Deutschland seit 2007 verschiedene Unternehmen und Verwaltungen gegen Häusliche Gewalt.

Dass das Konzept der Workplace Policy funktioniert, wurde anhand einer Befragung in durchführenden Betrieben in Deutschland deutlich: Die befragten Beschäftigten nehmen die Einführung der Workplace Policy und deren Maßnahmen positiv wahr. Sie empfinden die Workplace Policy als sinnvolles und in der Bekämpfung von Häuslicher Gewalt als zielführendes Instrument.

Maßnahmen am Arbeitsplatz

Zu den wesentlichen Bereichen der Workplace Policy gehören die Verbreitung von Informationen über das Thema Häusliche Gewalt, das Erlassen von konkreten Schutz- und Unterstützungsmaßnahmen sowie die Schulung von Führungskräften. Weiterhin kann das Thema auch für die Öffentlichkeitsarbeit oder für Spendenaktionen eines Unternehmens genutzt werden.

Informationen über das Thema Häusliche Gewalt können zum Beispiel in Flyern und Broschüren, auf Postern und Bildschirmschonern oder in Artikeln in der Mitarbeiterzeitung oder im Intranet verbreitet werden. Nützlich und zugleich auch sinnvoll sind kleine Give-Aways mit einer Telefonnummer oder ähnlichen Informationen, wie beispielsweise Lippenpflegestifte und Taschentücherpackungen, Notizblöcke, Mousepads oder Kalender.

Konkrete Unterstützungsmaßnahmen können den Betroffenen helfen, ihren Arbeitsalltag besser zu meistern. Dazu gehören flexible Arbeitszeiten, bezahlter Sonderurlaub, die Veröffentlichung von Telefonnummern von Beratungsstellen oder die Möglichkeit, Beratungsgespräche während der Arbeitszeit durchzuführen, evt. sogar im Unternehmen. Wichtig ist dabei aber zu beachten, dass die Informationen vertraulich behandelt werden und die professionelle Beratung und Begleitung der Mitarbeiterinnen Aufgabe von örtlichen Beratungsstellen und Schutzeinrichtungen ist.

Insbesondere bei Stalking hat es sich als hilfreich erwiesen, neue Durchwahlnummern oder neue Email-Adressen zu vergeben, den Arbeitsplatz zu verändern oder etwaige Stalking-Vorfälle zu dokumentieren. Diese Dokumente sind für die Betroffenen wichtig, wenn sie Anzeige erstatten möchten. So besteht z.B. die Möglichkeit, dass das Unternehmen Videoaufzeichnungen herausgibt oder ein Telefonprotokoll, auf dem die belästigenden Anrufe verzeichnet sind.

Viele weitere Informationen und Beratung zu den Möglichkeiten eines Unternehmens bei Häuslicher Gewalt bietet die Frauenrechtsorganisation TERRE DES FEMMES an. Sie hat auch die Broschüre „Schritt für Schritt gegen Häusliche Gewalt. Ein Leitfaden für Unternehmen und Verwaltungen zur Einführung der Workplace Policy.“ veröffentlicht, die im Internet unter www.frauenrechte.de/shop zu bestellen ist.

Über die Autorin:

Birte Rohles ist Diplom-Kulturwissenschaftlerin und seit 2011 Referentin für Häusliche und sexualisierte Gewalt bei der Frauenrechtsorganisation TERRE DES FEMMES.

TERRE DES FEMMES

Menschenrechte für die Frau e.V.

Referat für Häusliche und sexualisierte Gewalt

gewaltschutz@frauenrechte.de

www.frauenrechte.de

030/40504699-0

Ergebnisse¹ zur Studie TeDaVi (Ausmaß von Teen Dating Violence),

Dr. Petra Brzank, Soziologin und promovierte Gesundheitswissenschaftlerin,
SOHPI, Social Science and Public Health Institute Berlin, Zentrale Frauenbeauftragte
der TU Berlin.

Laufzeit der Studie: 05/2012-10/2013

gefördert durch das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst

Warum die Studie TeDaVi?

Erste Liebesbeziehungen unter Jugendlichen sind nicht immer durch schöne Erfahrungen geprägt, sondern sie können auch mit schwierigem, grenzüberschreitendem oder gewalttätigem Verhalten konfrontieren. International wird dieses Phänomen mit „Teen Dating Violence“ bezeichnet. Solche Erfahrungen können Auswirkungen auf das Wohlbefinden und die Leistungsfähigkeit der Betroffenen haben und das Potential beeinflussen, als Erwachsene eine beidseitig respektvolle Beziehung aufzubauen. Gewalt in Kindheit und Jugend ist ein Risikofaktor für Gewalt in der Partnerschaft als Erwachsene.²

Für Deutschland liegen bisher kaum aussagefähige Daten zur Häufigkeit von Teen Dating Violence-Ereignissen vor.³

In einer auf Deutschland am ehesten übertragbaren Studie aus Großbritannien⁴ berichteten 80 % der Mädchen und 51 % der Jungen von emotionaler Gewalt; 30 % der Mädchen und 6 % der Jungen gaben negative Folgen für das Wohlbefinden an. 25 % der Mädchen und 18 % der Jungen berichteten von körperlicher Gewalt, negativ auf das Wohlbefinden wirkte sich dies auf 76 % der betroffenen Mädchen und 14 % der Jungen aus. Sexualisierte Gewalt berichteten 31 % der Schülerinnen und 16 % der Schüler. Betroffene Mädchen erlebten zu 70 % negative Auswirkungen, betroffene Jungen zu 13 %.

1 Weitere, tiefergehende Ergebnisse werden in Kürze veröffentlicht.

2 Brzank P (2012). Wege aus der Partnergewalt - Frauen auf der Suche nach Hilfe. Wiesbaden, Springer VS

3 Studien liegen allein zu sexuell aggressivem Handeln vor:

- Krahe B (2008). "Verbreitungsgrad und Risikofaktoren sexueller Aggression bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen." IzKK Nachrichten (Informationszentrum Kindesmisshandlung/Kindesvernachlässigung) I: 8-13.
- Krahe B (2009). "Sexuelle Aggression und Opfererfahrung unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen: Prävalenz und Prädiktoren." Psychologische Rundschau 60: 173-183

4 Barter C, McCarry M, Berridge D, Evans K (2009). Partner exploitation and violence in teen-age intimate relationships. National Society for the Prevention of Cruelty to Children (NSPCC): London.

Was ist das Ziel der Studie TeDaVi?

Mit der Studie wurde die Prävalenz von Grenzüberschreitungen bei den ersten Verabredungen („Dates“) unter Jugendlichen und in Teenager-Beziehungen geschätzt sowie Art und Folgen erhoben. Es interessieren Risiko- und Einflussfaktoren. Aus den Ergebnissen werden Empfehlungen für Präventionsprogramme abgeleitet.

Wie wurde die Studie TeDaVi durchgeführt?

Nach Einwilligung durch das Hessische Kultusministerium wurde aus den staatlichen allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in Hessen eine Stichprobe gezogen. Die Befragung war in zehn allgemeinbildenden und drei beruflichen Schulen geplant, jedoch stimmten nur neun allgemeinbildende und eine berufliche Schule der Befragung zu.

Aus der Gruppe von 3.188 Schülerinnen und Schülern zwischen 14 und unter 18 Jahren lagen 509 Einverständniserklärungen der Eltern vor. Die anonyme, standardisierte Befragung fand in der Schule statt. Alle 509 teilnehmenden Schülerinnen und Schüler erhielten einen Fragebogen und eine Übersicht über regionale Beratungseinrichtungen. 47 ausgefüllte Fragebögen konnten bei der Auswertung nicht berücksichtigt werden, weil z.B. relevante Angaben fehlten oder das Alter nicht mit der Zielgruppe übereinstimmte.

Der Fragebogen wurde von den Autorinnen entwickelt und getestet. Er orientiert sich an der britischen Befragung⁴ und integriert interkulturell entwickelte Fragen zur Lebensqualität aus der KIDSCREEN-Group⁵. Insgesamt besteht er aus 4 Modulen mit 53 Fragen. Das erste Modul umfasst 5 Fragen zu demografischen Angaben. Das zweite Modul, mit 16 Items, beschäftigt sich mit den Beziehungen und aggressivem Verhalten im Freundeskreis und in der Familie sowie dem potentiellen Hilfesuchverhalten. Im dritten Modul werden die 11 gesundheitlichen Items des KIDSCREEN-10-Index aufgegriffen. Haben die Jugendlichen erste Erfahrungen beim Verabreden oder in einer Beziehung gemacht, dann erfragt das letzte Modul in 3 Frageblöcken emotional (4 Items), körperlich (2 Items) und sexuell (4 Items) schwierige Erfahrungen. Abgefragt werden spezifische Handlungen und deren Häufigkeit auf einer fünfstufigen Skala von „nie“ bis „immer“. Wird eine Gewaltform bejaht, folgen Fragen zu den Empfindungen und Auswirkungen auf die Konzentrationsfähigkeit, das eigene Verhalten und die Beziehung sowie Angaben zur gewaltausübenden Person (Geschlecht, Altersunterschied) und als Altershinweis die besuchte Schulklasse zum Zeitpunkt der Erfahrung. Bei körperlicher Gewalt wird ergänzend nach den Verletzungsfolgen, bei körperlicher und sexualisierter Gewalt nach dem Einfluss von Alkohol oder anderen Substanzen gefragt.

5 The KIDSCREEN Group Europe (2006): The Kidscreen questionnaires. Quality of life questionnaires for children and adolescents. Pabst Science Publishers: Lengerich

In der Bewertung der Ergebnisse sind folgende Aspekte zu berücksichtigen:

1. Es kann davon ausgegangen werden, dass insbesondere Schülerinnen und Schüler, die von schwerer Gewalt betroffen sind, ihre Eltern nicht um das Einverständnis gebeten haben und daher nicht befragt wurden. Ausmaß und Schwere von Gewalt werden somit eher unterschätzt⁶, was bei Mädchen und Jungen differieren kann.
2. Es ist möglich, dass die Selbstangaben zur Gewalterfahrung zum einen die Vorstellung einer tradierten weiblichen oder männlichen Geschlechtsidentität spiegeln und zum anderen vielleicht nicht immer ehrlich⁷ waren. Die Angaben zur Gewalterfahrung können deshalb für Mädchen und Jungen differieren und über- oder unterschätzt werden.
3. Da die realisierte Studienpopulation (Sample) von einer vor der Erhebung festgelegten repräsentativen Verteilung abweicht, die auf Grundlage von aktuellen Schulen und Schüleranzahlen des Hessischen Kultusministeriums gebildet wurde, sind die Daten gewichtet, um Ergebnisse verallgemeinern zu können. Gewichtungseffekte sind möglich.⁸
4. An der Befragung haben keine integrierten Gesamtschulen teilgenommen, private Schulen waren ausgeschlossen, so dass die Ergebnisse nicht auf die Schülerinnen und Schülern dieses Schultyps übertragen werden können.

Sample

Insgesamt liegen von 462 Befragten auswertbare Daten vor, davon sind 271 Mädchen und 191 Jungen.

Das Durchschnittsalter der befragten Jugendlichen betrug 15,3 Jahre. 151 Mädchen (55,7 %) und 121 Jungen (63,4 %) gehörten der Altersgruppe der 14- bis 15-Jährigen, 120 Mädchen (44,3 %) und 70 Jungen (36,6 %) der 16- bis 17-Jährigen an.

229 Mädchen (84,8 %) und 152 Jungen (80,0 %) gaben Deutsch als alleinige Sprache an, in der zu Hause kommuniziert wird. 41 Mädchen (15,2 %) und 38 Jungen (20 %) sprachen zu Hause entweder kein Deutsch oder eine zusätzliche Sprache.

8,5 % der Schülerinnen (n=23) und 13,6 % der Schüler (n=26) gaben an, die Hauptschule zu besuchen, 42,1 %; der Mädchen (n=114) und 47,1 % der Jungen (n=90) waren auf der Realschule, 49,4 % der Mädchen (n=134) und 39,3 % der Jungen (n=75) besuchten das Gymnasium.

6,8 % (n=31, 4 fehlende Angaben) der Befragten gaben eine andauernde Erkrankung oder Behinderung an (Mädchen: n=16, 5,9 %; Jungen: n=15, 7,9 %).

⁶ Dieser Selektionseffekt ist in Repräsentativstudien zu Gewalt häufig zu finden. Zur Diskussion s. Brzank (2012: 258)

⁷ Chan KL (2012). "Gender symmetry in the self-reporting of intimate partner violence." J Interpers Violence 27(2): 263-86.

⁸ Wegen der Gewichtung werden nur die relativen Zahlen in % und keine absoluten Zahlen angegeben.

Da das Sample von einer vor der Erhebung festgelegte Verteilung nach Alter, Geschlecht und Schultyp basierend auf den aktuellen Schulen und Schülerzahlen des Hessischen Kultusministeriums abweicht, wurden die Daten gewichtet. Hierfür wurde ein Gewichtungsfaktor erstellt, in dem das Alter (14- und 15-Jährige sowie 16- und 17-Jährige), Geschlecht (weiblich und männlich) sowie Schulform (Gymnasium, Real- und Hauptschule) eingingen.

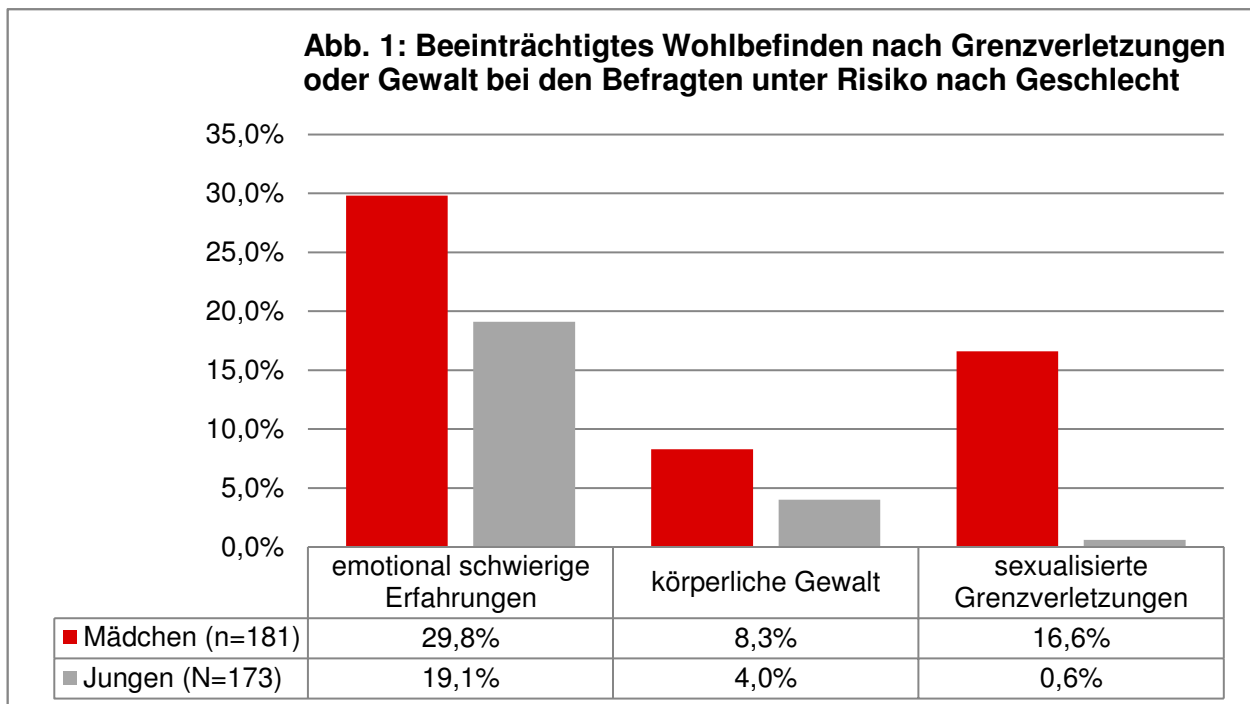
Häufigkeit von grenzüberschreitenden Erfahrungen

Von den 462 Befragten bejahten insgesamt 354 (76,6 %) die Fragen nach ersten Erfahrungen mit Dates oder Beziehungen, darunter waren 181 Schülerinnen (78,4 %) und 173 Schüler (74,9 %). Angaben zur Häufigkeit von Gewalt beziehen sich, wenn nicht anders angegeben, auf diese Personengruppe unter Risiko („Persons at Risk“).

65,7 % der Mädchen [95 % KI 58,8 – 72,6] und 60,1 % der Jungen [95 % KI 52,8 – 67,4] mit ersten Dates- oder Beziehungserfahrungen gaben an, mindestens einmal irgendeine Form von Grenzüberschreitung oder Gewalt erlitten zu haben. Bezogen auf das Gesamtsample von 462 Befragten berichteten 51,5 % der Mädchen und 45,0 % der Jungen von derartigen Widerfahrnissen. Derartige Erfahrungen wurden überwiegend erstmals in der 8. und 9. Klasse gemacht.

Von den Jugendlichen unter Risiko berichteten 61,3 % der Mädchen und 56,6 % der Jungen mindestens eine emotional schwierige Situation (Kontrolle, verbale Aggressionen, Zwang oder Drohung). 75 % der Mädchen und 51,0 % der Jungen, die emotional schwierige Situationen berichteten, gaben eine Beeinträchtigung ihres Wohlbefindens an. Dies waren 29,8 % der Mädchen und 19,1 % der Jungen mit Dating- oder Beziehungserfahrungen (Abb. 1). Gefragt nach ihren Empfindungen zu den Grenzüberschreitungen fühlten sich Mädchen häufiger allein gelassen, waren wütend oder haben sich gewehrt als Jungen. Kontrollierendes Verhalten war unter den emotional schwierigen Situationen besonders häufig (47,3 % der Mädchen und 42,2 % der Jungen unter Risiko). 27,7 % der Mädchen und 20,2 % der Jungen mit Dates oder Beziehungen gaben an, zu etwas gezwungen worden zu sein, was sie nicht wollten. Die Kontrastierung der angegebenen Häufigkeit der einzelnen emotional belastenden Handlungen in „nie/selten“ vs. „manchmal/ oft/immer“ ergibt, dass Mädchen mit 39,8 % häufiger von einer höheren Frequenz berichteten als Jungen mit 27,6 %.

Von mindestens einer körperlichen Gewalterfahrung berichteten 10,5 % der Mädchen und 10,4 % der Jungen unter Risiko. Von diesen Gewaltbetroffenen gaben 85,0 % der Mädchen und 44,0 % der Jungen negative Auswirkungen auf ihr Wohlbefinden an. Dies waren 8,3 % der Mädchen und 4,0 % der Jungen unter Risiko (Abb.1). Nach körperlicher Gewalt fühlten sich Mädchen häufiger allein gelassen oder hatten Angst als Jungen. Schwere körperliche Gewalt (geboxt, gewürgt, verprügelt, mit einem Gegenstand geschlagen, gestochen) wurde seltener genannt als leichtere Formen (geschubst, geohrfeigt, geschlagen, festgehalten). Die Kontrastierung der Häufigkeit nach „nie/selten“ vs. „manchmal/oft/immer“ von körperlicher Gewalt ergab keine Unterschiede zwischen Mädchen und Jungen.

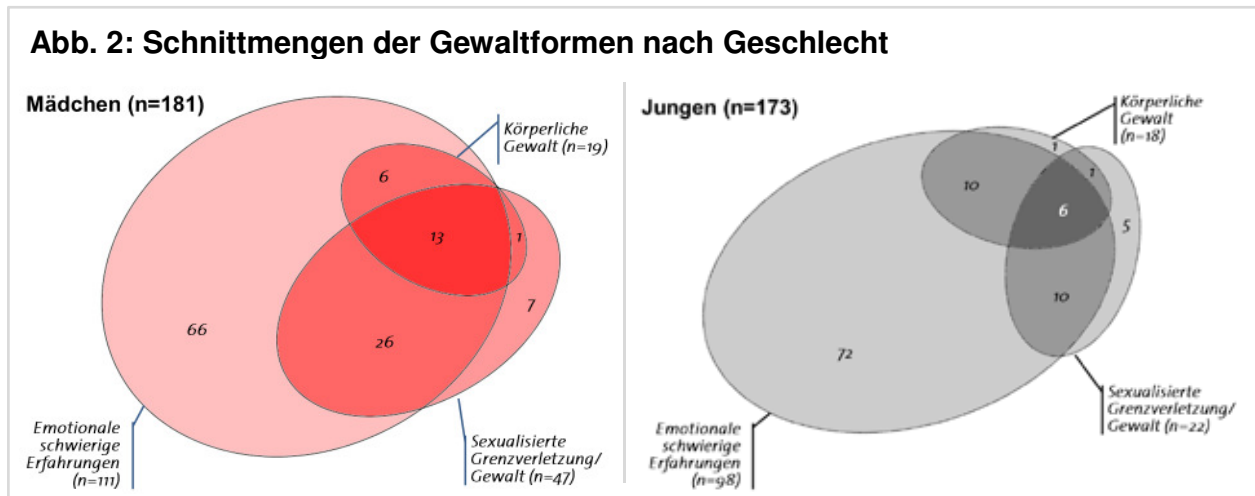


Mindestens eine sexualisierte Grenzüberschreitung oder Gewalt gaben 26,0 % der Mädchen und 12,7 % der Jungen unter Risiko an. Mit Druck zu ungewollten sexuellen Handlungen genötigt worden waren 22,4 % der Mädchen und 7,5 % der Jungen mit Dating oder Beziehungserfahrungen. Mit Gewalt zu ungewollten sexuellen Handlungen gezwungen worden waren 6 % der Mädchen und 1,7 % der Jungen. Mädchen waren insgesamt signifikant häufiger betroffen als Jungen. Die Kontrastierung der Häufigkeit in „nie/selten“ vs. „manchmal/oft/immer“ ergab, dass Mädchen mit 11,2 % deutlich häufiger von sexualisierten Grenzüberschreitungen oder Gewalt in einer höheren Frequenz berichteten als Jungen mit 4,8 %.

72 % der Mädchen und 23 % der Jungen, die von sexualisierter Gewalt Betroffenen waren, berichteten von Einschränkungen des Wohlbefindens. Bezogen auf die Risikogruppe waren es 16,6 % der Mädchen und 0,6 % der Jungen (Abb.1). Nach sexualisierter Gewalt haben Mädchen sich häufiger geärgert oder waren unglücklich. Jungen hingegen fühlten sich eher geliebt bzw. beschützt oder es machte ihnen nichts aus.

Im Vergleich der Überschneidungen der einzelnen Grenzüberschreitungen und Gewaltformen bei Mädchen und Jungen (Abb. 2) zeigt sich, dass Mädchen stärker von sexualisierter Gewalt und häufiger von mehreren Formen gleichzeitig betroffen sind als Jungen.

Ausgeübt wurden Grenzüberschreitungen oder Gewalt in 56,9 % aller angegebenen Fälle von männlichen Beziehungs- oder Datingpartnern. Weniger als ein Drittel der von körperlicher oder sexualisierter Gewalt Betroffenen gab an, dass zum Zeitpunkt der Gewalthandlung Alkohol oder Drogen von ihnen oder ihren (Dating-)Partnern konsumiert worden waren.



Auswirkungen der Gewalt

Mit einer Beendigung der Beziehung haben 35,6 % (bei emotional schwierige Situationen) bis 38,9 % (bei sexualisierter Gewalt) der Mädchen mit entsprechenden Erfahrungen reagiert. Bei den Jungen war die Spannweite größer und reichte von 14,3 % (bei sexualisierten Grenzverletzungen) bis zu 44,4 % (bei psychischen Grenzüberschreitungen).

Konzentrations- oder Lernschwierigkeiten als Folge gaben 28,6 % (bei körperlicher Gewalt) bis 36,8 % (bei sexualisierter Gewalt) der betroffenen Mädchen an. Bei den Jungen war auch hier die Spannweite breiter und reichte von 12,5 % (bei sexualisierter Gewalt) bis 47,2 % (bei psychischer Gewalt).

Eine Veränderung von Gewohnheiten wie Ess- und Trinkverhalten berichteten 33,3 % (nach sexualisierter Gewalt) bis 57,1 % (bei körperlicher Gewalt) der Mädchen. Jungen reagierten derart bei sexualisierter Gewalt gar nicht und bei emotional schwierigen Situationen in 30,6 % Fälle.

Gedanken, dass es besser wäre, sie seien nicht mehr da, gaben 16,7 % (nach sexualisierter Gewalt) bis zu 28,9 % (nach emotional schwierigen Situationen) der Mädchen an. Auch hier war die Spannweite bei den Jungen breiter und reichte von 11,1 % (bei psychischer und körperlicher Gewalt) bis zu 75 %⁹ (bei sexualisierter Gewalt). Sexualisierte Gewalt wurde insgesamt von Jungen nur sehr selten angegeben.

In einem offenen Text konnten weitere Folgen genannt werden. Mädchen notierten am häufigsten, dass sie sich zurückgezogen oder verschlossen hätten bzw. ihr Vertrauen verloren oder Angst vor Körperlichkeit, Verletzungen oder Beziehungen hätten. Im Vergleich nutzten weniger Jungen die Freitextangabe; zwei nannten im Kontext von emotional schwierigen Situationen: „anderes von mir gedacht“ „schneller in Abwehrhaltung gehen“. Erlittene Verletzungen

⁹ Dieser hohe Wert ist auf die Gewichtung zurückzuführen.

nach körperlicher Gewalt berichteten Mädchen und Jungen gleichermaßen selten; ein Mädchen war jedoch so schwer verletzt, dass es stationär in einem Krankenhaus versorgt wurde.

Zusammenhang zur Lebensqualität

Die Studienpopulation weicht mit ihren Ergebnissen zur Lebensqualität nicht bemerkenswert von den europäischen und deutschen Referenzwerten ab, die den Autorinnen von der KID-SCREEN-Group zur Verfügung gestellt wurden. Die Befragten gewaltbetroffenen Jugendliche haben im Vergleich eine geringere gesundheitsbezogene Lebensqualität als nichtbetroffene Schülerinnen und Schüler unter Risiko. Vor allem Jugendliche mit körperlichen und mit sexualisierten Gewalterfahrungen schätzten ihre Lebensqualität häufig niedriger ein als nicht von Gewalt betroffene Jugendliche.

Einflüsse auf die Wahrscheinlichkeit, Teen Dating Violence zu erleben

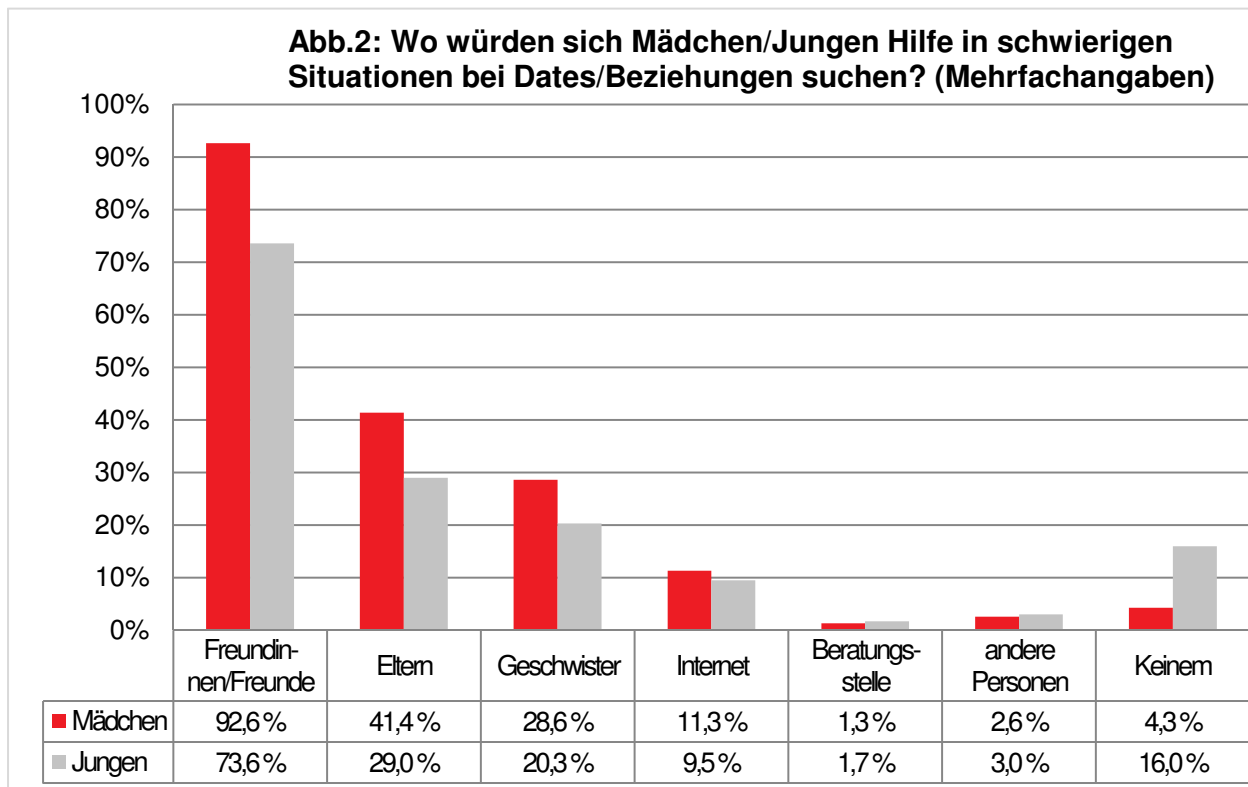
Die befragten hessischen Schülerinnen und Schüler unter Risiko, die in der Familie körperliche Gewalt erlebten oder bezeugten, wurden häufiger Opfer von Teen Dating Violence als diejenigen, die derartigen Erfahrungen nicht ausgesetzt waren. Damit wird die Tradierung und Chronifizierung von Gewalt bestätigt.

Im Vergleich zu den Belastungen durch familiäre Gewalt scheint das Verhalten der jeweiligen Peer-Group einen begrenzten Einfluss zu haben: Jugendliche, deren Freundeskreis sich überwiegend aggressiv und gewaltbereit verhält, erleben tendenziell selbst auch eher Gewalt bei ihren Dates oder Liebesbeziehungen. Jugendliche, deren Freunde bereits eine feste Freundin bzw. einen festen Freund oder regelmäßige Dates haben, haben stärker das Gefühl bzw. fühlen sich von ihrem Umfeld stärker unter Druck gesetzt, sich ebenfalls zu verabreden oder eine Beziehung zu haben. Bei Mädchen ist dieser Effekt stärker ausgeprägt als bei Jungen. Diese Jugendlichen, die Druck empfinden, eine Beziehung einzugehen oder regelmäßig Dates zu haben, erleben tendenziell eher Gewalt bei ihren Dates oder Liebesbeziehungen.

Hilfesuchverhalten

Alle teilnehmenden Jugendlichen wurden hypothetisch gefragt, bei wem sie sich in schwierigen Situationen im Kontext von Dates oder ersten Liebesbeziehungen Hilfe suchen würden. Mehrfachantworten waren möglich. Die Mehrheit der befragten Schülerinnen und Schüler würde sich an Freundinnen und Freunde wenden (Mädchen: 92,6 %; Jungen: 73,6 %), gefolgt von den Eltern (Mädchen: 41,1 %; Jungen: 29,0 %) und Geschwistern (Mädchen: 28,6 %; Jungen: 20,3 %) (Abb. 3). Insgesamt würden sich Mädchen eher Hilfe suchen als Jungen und würden sich auch stärker an unterschiedliche Stellen wenden; Jungen fallen dadurch auf, dass sie sich eher keinem anvertrauen würden und sich auch seltener an mehrere Personen oder Stellen um Hilfe wenden.

Jugendliche, die mindestens einmal eine (emotional) schwierige Situation erlebt haben würden sich eher im Internet informieren als Jugendliche ohne solche Erfahrungen. Jugendliche mit körperlichen Gewalterfahrungen würden sich häufiger an andere Erwachsene wenden als die von dieser Gewalt Nichtbetroffenen.



Schlussfolgerungen der Autorinnen für die Prävention

Grenzverletzende Erfahrungen und Gewalt im Zusammenhang mit ersten Dates oder Liebesbeziehungen unter Jugendlichen sind auch in Deutschland zu beobachten. Diese Erfahrungen gehen mit Einschränkungen für das Wohlbefinden einher, insbesondere gilt dies für Mädchen, die in den Freitextangaben auch die weiteren Auswirkungen auf ihre Interaktionsfähigkeiten mit anderen beschreiben und damit andeuten, wie prägend diese Erfahrungen sein können.

Die Ergebnisse im Hinblick auf Prävalenzen und Auswirkungen verdeutlichen den Bedarf an präventiven Maßnahmen. Mit diesen kann Jugendlichen zum einen vermittelt werden, ihre eigenen Grenzen zu erkennen und zu zeigen, und zum anderen wie bei Dates oder in Beziehungen respektvoll miteinander umgegangen werden kann. Diese Maßnahmen sind auch deshalb wichtig, um eine weitere Chronifizierung von Gewalt zu verhindern. Angeboten werden sollten diese präventiven Maßnahmen spätestens in der 7. oder 8. Klassen bzw. im Alter von ca. 14 Jahren. Peers könnten zentrale Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in der Prävention von Teen Dating Violence werden.

Umgang der Professionellen mit Tätern und Opfern

Dr. med. Werner Tschan, Facharzt der Psychiatrie in eigener Praxis,
diverse Dozentenaufträge

Ein Gespräch mit Martina Raab-Heck mit Dr. med. Werner Tschan

Abstract

Die Idee für ein Gespräch anstelle eines Referates ergab sich spontan bei einem Telefonat über die Inhalte der geplanten Veranstaltung. Der Dialog sollte als Metapher dafür stehen, dass die Betroffenen in Präventionskonzepte, etc. eingebunden werden – dies gilt zunächst einmal für die Opfer – und dass ihre Expertise durch Fachleute gewürdigt wird. Die Anliegen der Opfer sollen auch den Umgang mit Tätern bestimmen – die Mehrzahl aller Opfer will, dass sich das Ganze nicht wiederholt, und dass sich die Täter einer Behandlung unterziehen, die ihnen dazu verhilft, ihr Verhalten zu ändern. Wichtiges Anliegen ist aber auch, dass präventive Strategien umgesetzt werden, die dazu beitragen, potentielle Täter von ihrem grenzverletzenden Tun abzuhalten. Der Dialog steht letztlich auch als Metapher für die Vernetzung der Fachleute, die sich im Hinblick auf eine wirksame Gewaltprävention an einen Tisch setzen müssen und gemeinsam mit den Opfern/Überlebenden nachhaltige Strategien konzipieren und implementieren müssen.

1. Welche Anforderungen an Fachleute und Helfer braucht es im Umgang mit Tätern/innen von Gewalt betroffene Personen?

Wer als Helfer mit gewaltbetroffenen Personen zu tun hat, wird unweigerlich mit der Täterseite konfrontiert. Die überwiegende Mehrzahl aller Gewaltdelikte spielt sich im sozialen Nahraum ab, d.h. mit anderen Worten, dass Opfer und Täter sich kennen, ja häufig sogar zusammen in einer intime Beziehung stehen/gestanden haben. Für Fachleute bedingt diese Arbeit ein umfassendes Verständnis über Gewaltentstehung und Legitimierungsstrategien. Alle Opfer fühlen sich irgendwie für das Geschehen verantwortlich; hätte sie rechtzeitig dies und jenes getan, wären Sie nicht zu dieser Zeit dort und dort gewesen und dgl. mehr; sie hätten ja gehen können; sie hätten ja dies und jenes tun können, dass es nicht so weit gekommen wäre – dieser Vorgang beruht auf einer Abwehr der Ohnmacht, der das Opfer ausgeliefert war/ist. Solange man sich einreden kann, dass man wenigstens einen Teil der Handlungen unter Kontrolle hat, fühlt man sich nicht völlig schutzlos ausgeliefert. Hier ist wichtig, dass Fachleute den betroffenen Opfern etwas über Täterstrategien vermitteln können sowie über den Informationsvorsprung, den Täter durch die Planung ihrer Handlungen verfügen. Targeting (Aussuchen des Opfers) und Grooming (Manipulation des Opfers) sind Prozesse, von denen Opfer in der Regel erst ab einem späteren Stadium etwas mitbekom-

men (Tschan 2014a) – diese Handlungen sind jedoch Teil der Täterstrategie und bestimmen deren Vorgehensweise.

Oft fokussieren psychosoziale Helfer auf die Opferseite – sie identifizieren sich in ihrer Aufgabe und Haltung mit den Betroffenen und wollen nichts mit Tätern zu tun haben. Eine derartige „Kopf in den Sand“ Haltung auf Seiten von Helfern ist nicht sinnvoll. Wichtig ist auch zu bedenken, dass rund ein Viertel aller Opfer von sexualisierter Gewalt selbst zu Täter/Täterinnen werden (Briggs 1995); und umgekehrt rund zwei Drittel aller Sexualdelinquenten angeben, unter Traumatisierungen durch Gewalterfahrungen zu leiden; bei Sexualdelinquentinnen sind es sogar 100% (Hislop 2001). Schon wegen dieser Zusammenhänge macht es kaum sinn, sich bloss auf eine Seite der Medaille zu konzentrieren.

2. Gibt es das typische Opfer? Oder wäre die Formulierung: von Gewalt betroffene Personen“ treffender?

Gewalt hat viele Gesichter. Das „Opfer“ gibt es nicht. Die Bezeichnung „von Gewalt betroffene Personen“ trifft den Sachverhalt eher und sie vermeidet den Begriff Opfer, der irgendwie mit Schwäche, Unterlegenheit und „looser“ assoziiert wird. Zudem sind Opfererfahrungen äussert vielfältig, der Begriff findet nicht bloss für Opfer von sexualisierter und häuslicher Gewalt Anwendung, sondern ebenso für Kriegs Betroffene und Vertriebene (Piskorski 2013). Opfer meiden diesen Begriff „Opfer“ und werden lieber mit survivor/Überlebende von Gewaltbetroffenheit angesprochen. Die gesundheitlichen Folgen von Gewaltbetroffenen sind durch Traumafolgestörungen (trauma spectrum disorder) charakterisiert (Tschan 2013). Auch diese Sichtweise geht nicht von einem typischen Opfer aus - vielmehr verdeutlicht das Kontinuum traumatischer Störungsbilder die sehr unterschiedlichen Ausgangslagen und Auswirkungen. Wenn epidemiologische Untersuchungen zum Schluss kommen, dass rund 50% aller Vergewaltigungsoffer an PTSD (Posttraumatic Stress Disorder; Posttraumatische Belastungsstörung) leiden, so verdeutlicht dies auch, dass das traumatische Ereignis (hier die Vergewaltigung) nicht per se alleine dafür massgebend ist, ob sich gesundheitliche Folgen zeigen oder nicht. Die konkreten Umstände der Traumatisierung, die persönliche Situation und die soziale Unterstützung in der Bewältigung (inkl. Unterstützung durch Opferhilfe und Justiz) bestimmen die individuelle Reaktion.

3. Was macht den Umgang mit Opfern schwer?

Opfer leiden und fordern Hilfe. Sie fordern auch zum Handeln auf – man kann nicht einfach ruhig bleiben und nichts tun angesichts von schreiendem Unrecht. Umgekehrt Täter – wenn man schweigt und nichts tut, hat das Unrecht für sie keine Folgen. Folglich werden sie allen daran setzen, dass jegliche Aktionen unterbleiben. Viele Opfer sind rechtlos und fühlen sich entsprechend ohnmächtig. Dies kriegen die Helfer zu spüren, nebst dem ohnehin schon beste-

henden Leid durch die traumatischen Erfahrungen. Niemand hat die Opfer beschützt – auch Gesetze nicht, auch Polizei und Rechtsstaat nicht; nicht die Eltern, nicht die Lehrerin und nicht der Lehrer, oder andere wichtige Beziehungsfiguren. Diese Hilflosigkeit zeigt sich in der Begegnung mit Opfern – das muss man als Helfer verstehen und aushalten können.

In dem Zusammenhang ist auch wichtig, die historische Entwicklung des Verständnisses für Traumafolgestörungen durch die Medizin zu bedenken (Tschan 2012). Ähnlich wie die Opfer immer wieder hin- und hergerissen sind zwischen dem Wunsch, alles laut heraus zu schreien und dem völligen Verstummen und Gelähmtsein erging und ergeht es auch den Fachleuten – die auch nicht anders können. Über die letzten zwei Jahrhunderte gab es immer wieder Versuche durch Ärzte und Forscher, Traumafolgestörungen zu benennen und durch theoretische Konzepte fassbarer zu machen. Erst 1980 vollzog sich diesbezüglich ein regelrechter Paradigmawechsel – unter dem Einfluss der amerikanischen Veterans Administration erreichten die ehemaligen Vietnamsoldaten im Verbund mit der Frauenbewegung und den Vergewaltigungsopfer die Anerkennung ihrer Leiden durch die Schaffung der Diagnose PTSD (Posttraumatic Stress Disorder, posttraumatische Belastungsstörung im Deutschen). Gleichzeitig verschwand der Begriff hysterisch aus den Lehrbüchern der Psychiatrie. Die Fachwelt erinnerte sich plötzlich wieder an Pierre Janet und seine bahnbrechenden Forschungen über die Traumaentstehung und die Behandlung der Folgen.

Nun ist es ja nicht so, dass die Menschheit erst seit 1980 durch Traumafolgestörungen belastet wird – das gibt es wohl seit Anbeginn der Menschheit. Dass jedoch die Medizin, resp. im speziellen die Psychiatrie, so lange Mühe bekundete für eine treffende Konzeption ist ein Hinweis darauf, wie schwer es auch den Fachleuten fällt, den Opfern zu begegnen. Ihre eigenen Abwehrreaktionen haben zu zahlreichen Fehlinterpretationen geführt, die erst heute erkannt werden (Popper 1963) – es war einfacher, die Folgen zu verleugnen, als den Betroffenen beizustehen. Stellt man sich auf die Seite der Opfer, muss man ja gleichzeitig gegen die Täter vorgehen – und sich dadurch mächtigen und gewaltbereiten Kräften entgegenstellen.

Die neusten Forschungsbefunde über die gesundheitlichen Folgen aus der ACE-Studie (Adverse Childhood Experience) bedingen einen Paradigmawechsel im Gesundheitswesen über die Entstehung von Krankheiten (Felitti et al. 2010). In dieser Studie zeigen sich zwischen dem Ausmass an Gewalterfahrung und den gesundheitlichen Auswirkungen über alle Untersuchungsbefunde hinweg robuste Korrelationen. Am meisten zu reden gibt die Erkenntnis, dass ab einem Score von 6 (bei 10 maximal möglichen) die Lebenserwartung von Gewaltbetroffenen um zwei Jahrzehnte verkürzt ist (Tschan 2013)! Die Ausbildung der Ärzte bedarf grundlegender Änderungen (Krug et al. 2002), welche bisher über die gesundheitlichen Auswirkungen von Gewalterfahrungen kaum das erforderliche Wissen vermittelt bekommen haben (Wanner et al. 2007). Die epigenetischen Veränderungen nach Gewalterfahrungen (Sweatt et al. 2013) führen zu lebenslang anhaltenden Beeinträchtigungen der Stressregulation (Yang et al. 2013), welche die Helfer kennen müssen, wenn sie Betroffene in der Bewältigung der Traumafolgen begleiten.

4. Beschäftigt sich die Öffentlichkeit tendenziell lieber mit Opfern als mit Täter/innen?

Auf den ersten Blick: ja. Es ist einfacher, sich mit Opfern zu solidarisieren, als sich mit Tätern auseinanderzusetzen. Aber aufgepasst – Opfer in ihrem Leid und Schmerz auszuhalten, ist nicht so einfach. Ihnen in ihrer Verzweiflung und Not beizustehen, auch nicht. Da ist die Identifikation mit dem Stärkeren irgendwie einfacher – deshalb ist die generelle Bereitschaft, sich mit Tätern zu solidarisieren, irgendwie einfacher. Es war nicht so gemeint, er kann ja nichts dafür – sind noch die harmloseren Bagatellisierungen. Die Opfer zu beschuldigen: Kein Wunder, so wie die herumläuft; bis zur Aussage, dass man den Opfern ohnehin nicht glauben kann, dass Helfer und Therapeuten ihnen dies alles eingeredet haben, und dergleichen mehr, lastet schwer auf den Opfern und beschämt sie zusätzlich.

Anteilnahme zur besten Sendezeit ist willkommene Werbung für politische Mandatsträger – sich im Langzeitverlauf für Opfer zu engagieren, ist hingegen Knochenarbeit, die Zeit, Geduld und Energie benötigt. Spendengelder für Opferunterstützung werden analog verteilt – angesichts grossen Leids zeigt man sich solidarisch – nur haben die Opfer von sexualisierter und häuslicher Gewalt kein Gesicht und erhalten kaum Unterstützung. Opfer von sexualisierter und häuslicher Gewalt erleiden nicht dasselbe, wie Betroffene von Hochwasserkatastrophen oder einem Grubenunglück. Die Opfer von sexualisierter und häuslicher Gewalt werden kaum im Fernsehen gezeigt.

Kommen Soldaten im Einsatz um, werden sie geehrt und Denkmäler erinnern an ihre Verdienste. Das selbe für Polizeikräfte oder Feuerwehrleute. Es herrscht grosse Anteilnahme und die hinterbliebenen Familien erhalten Unterstützung – das ist auch richtig so. Wie steht es jedoch bei Opfern sexualisierter und häuslicher Gewalt aus – wo steht ein Denkmal, welches an ihr Leid erinnert? Man zuckt die Schultern: das Leben geht weiter. Die Anteilnahme und Solidarität mit Betroffenen ist oft nicht so, wie dies gegen Aussen dargestellt wird.

Wie schwer sich die Öffentlichkeit tut, mit den Realitäten fertig zu werden, zeigt die weitgehend fehlende Reaktion auf die kürzlich publizierten Daten der FRA Studie über gewaltbetroffene Frauen im EU-Raum (European Union Agency for Fundamental Rights 2014). In Europa sind 33% der Frauen zwischen 15 und 74 demgemäss Gewalt ausgesetzt – das sind 162'000'000 betroffene Frauen. Männer wurden einmal mehr erst gar nicht befragt – ein systemischer Bias vieler Forscher, die immer noch zur Kenntnis nehmen wollen, dass Männer ebenfalls zu einem erheblichen Teil von Gewalt betroffen sind. Bei Kindern und Jugendlichen geht man inzwischen davon aus, dass die Knaben etwas häufiger als die Mädchen von sexualisierter Gewalt betroffen sind. Untersuchungen wie beispielsweise der SAVI Report haben schon vor Jahren deutlich gezeigt, dass 42% der Frauen und 28% der Männer von sexualisierter Gewalt betroffen sind (McGee et al. 2002). In diesem Zusammenhang ist entscheidend, dass auch die Helfer einen allfällig bestehenden Genderbias überwinden und sich interdisziplinär vernetzen – nur so kann eine wirksame Gewaltprävention gelingen.

5. Welche Haltung braucht es im Umgang mit Täter/innen? Welche Rolle haben wir ihnen gegenüber in Professionen abseits der Funktion z.B. als Polizist/in oder Rechtsanwalt/in?

Fachleute müssen gegenüber Tätern eine klare Haltung in Bezug auf grenzverletzendes Verhalten einnehmen. Dies ist unter keinen Umständen statthaft. Die meisten Täterbiografien weisen einen längeren Verlauf auf, der in der Regel in der Kindheit und Jugendzeit eingeleitet wird. Das Alter mit der grössten Zahl an delinquentem Verhalten liegt bei 14-15 Jahren – wenn hier eine nachhaltige Prävention erreicht werden soll, müssen wir früh ansetzen; d.h. schon ab Alter Kindergarten. Das gilt übrigens noch mehr für die Opferseite – hier ist die Altersgruppe 7-8 Jahren die, welche die meisten Opfer kennt. Eine altersgerechte Sexualpädagogik ab Kindergarten ist dringend notwendig.

Die Behandlung von Tätern wird gerne an die Justiz, den Straf- und Massnahmenvollzug und die forensische Medizin delegiert. Man möchte damit nichts zu tun haben. Dabei sieht die Realität so aus, dass derzeit rund 6% aller Sexualdelikte (gemittelt über alle Deliktkategorien hinweg) zur Anzeige gelangen, und in rund 15% davon erfolgt eine strafrechtliche Verurteilung. Fehlende Beweisintensität, abgelaufene Verjährungsfristen, mangelnde Kenntnisse auf Seiten der Richter über Täterstrategien, etc. führen zu dieser notorisch tiefen Verurteilungsrate – mit der Konsequenz, dass das Risiko für einen Sexualdelinquenten strafrechtlich zur Verantwortung gezogen zu werden, derzeit bei 1:100 liegt. Das grosse Dunkelfeld sind die nicht entdeckten Straftaten. Wollen wir dies ändern, braucht es Meldepflichten. Der Gesetzgeber hat dies beispielsweise bei Hundebissen veranlasst.

Eine Meldepflicht für Fachleute bedeutet, dass sie Hinweise auf grenzverletzendes und gewalttätiges Verhalten melden müssen, und dass dann die entsprechenden Ermittlungen aufgenommen werden. Gleichzeitig muss der Gesetzgeber Verjährungsfristen bei Gewaltdelikten ersatzlos abschaffen. Heute werden wissentlich die Mehrzahl aller Täter vor einer wirkungsvollen Strafverfolgung geschützt, weil die Mehrzahl aller Opfer über 20 Jahre benötigen, bis sie jemanden in die Vorfälle einweihen.

Helfer müssen entsprechend ausgebildet werden, damit sie Täter therapeutisch begleiten können. Tätertherapie ist der beste Opferschutz. Mittels einer Meldepflicht könnten Täter zu Behandlungen verpflichtet werden. Noch besser ist, wenn sie von sich aus zu einem derartigen Schritt entschliessen können – dass dies nicht nur utopische Sozialromantik ist, zeigen die Versuche an der Charité mit Menschen, die Hilfe wegen pädosexueller Impulse suchen. Erst wenn solche Angebote für (potentielle) Sexualdelinquenten flächendeckend vorhanden sind, werden sie auch eine breite Wirkung im Hinblick auf Gewaltprävention zeigen. Wir haben den Bundes-Innenminister kürzlich darauf hingewiesen, dass bei der Durchführung solcher Täterprogramme zwingend der Aspekte der Traumaerfahrung zu berücksichtigen ist, weil dieser neben der sexuellen Orientierung für die Gewaltausübung eine zentrale Rolle spielt.

In der Justiz hat sich in den zurückliegenden 20-25 Jahren die *therapeutic jurisprudence* etabliert. Dabei werden durch die Justiz Gesetze und Verfahren auf ihre helfende Wirkungsweise untersucht (resp. dessen Gegenteil). Der Staat resp. der Gesetzgeber betont immer wieder, dass Menschen vor Gewaltauswirkungen geschützt werden sollen. Die Auseinandersetzungen um *therapeutic jurisprudence* helfen mit, strukturelle Gewalt zu erkennen und zu überwinden. Fachleute müssen sich eine kritische Haltung gegenüber den bestehenden Vorgehensweisen zu eigen machen, wenn sie sich für Opferbelange einsetzen wollen. Dazu gehört auch die Haltung gegenüber Tätern.

6. Wann werden Helfer selbst grenzverletzend? Wie kann ich für mich selber sorgen, wenn ich beruflich mit Beziehungsgewalt konfrontiert bin?

Es ist inzwischen notorisch bekannt, dass auch Helfer zu fachlichem Fehlverhalten neigen und grenzverletzende Handlung ausüben können (Ferring et al. 2014). Selbst renommierte Fachleute sich davor nicht gefeit (Tschan 2014a). Sie missbrauchen ihre Macht und nutzen das Vertrauen ihrer Klientinnen und Klienten aus. Viele Täter im institutionellen Kontext zapfen die moralische Integrität der Einrichtung an und können sich damit vor Strafverfolgung schützen – Beispiele wie etwa Becker an der Odenwaldschule verdeutlichen diese Mechanismen (Tschan 2012). In der curricularen Stoffvermittlung muss das Risiko für grenzverletzendes Verhalten und Machtmissbrauch hinreichend thematisiert werden. Gleichzeitig müssen flächendeckend Hilfeangebote für Fachleute mit eingeschränkter Funktionalität geschaffen werden (Tschan 2014b). Wir erwarten von Fachleuten, dass sie eigenverantwortlich Hilfe suchen, wenn sie entsprechende Defizite und Einschränkungen bei sich feststellen.

Der Gesetzgeber sollte auch im Bereich des fachlichen Fehlverhaltens eine Meldepflicht schaffen – Fachleute mit offensichtlichen Defiziten, welche nicht selbstverantwortlich handeln, können so zu einer entsprechenden Rehabilitationsbehandlung verpflichtet werden (Tschan 2014a). Solche Massnahmen sollen sicherstellen, dass Einrichtungen zu „sicheren Orten“ werden (White 1997).

7. Welche Rolle haben Kooperationen für die Gewaltprävention?

Im Hinblick auf eine wirkungsvolle Gewaltprävention ist die interdisziplinäre Vernetzung der Fachleute entscheidend. Fachleute der Opferhilfestellen müssen sich in Netzwerken organisieren, zusammen mit direkt Betroffenen, mit Polizisten, mit forensischen Fachleuten, mit Fachleuten aus dem Straf- und Massnahmenvollzug, mit Richtern und Staatsanwälten, mit Sozialpädagogen. Voraussetzung ist die Schaffung einer gemeinsamen Begrifflichkeit, gemeinsamen Aus- und Weiterbildungsveranstaltungen und ein institutionalisierter Dialog. Der Einbezug der Opfer in diesen Dialog ist entscheidend. Dies hat sich beispielsweise am Runden Tisch der deutschen Bundesregierung zur Prävention von Missbräuchen im Kinder- und Jugendbereich

(Berlin, 2010-2011) deutlich gezeigt. Die Opfervertreter haben an diesem Runden Tisch mitgewirkt und ihre Sichtweise und Erfahrung einbringen können – was zur Folge hatte, dass der Tenor der Diskussion wesentlich verbindlicher wurde. Die Opfer müssen als betroffene Experten zwingend in die Gewaltprävention einbezogen werden – dafür steht die Metapher des Dialoges, welches durch dieses Gespräch ausgegriffen werden sollte.

Literatur

- Briggs Freda.: Preface. In Briggs F. (ed.): From victim to offender: How child sexual abuse victims become offenders. Crows Nest, Australia, Allen und Unwin, 1995, pp. vii – xiv.
- Ferring Dieter, Willems Helmut: Macht und Missbrauch in Institutionen. Konzeption, Begriffsbestimmung und theoretische Perspektiven. In: H. Willems, D. Ferring (Hrsg.): Macht und Missbrauch in Institutionen. Interdisziplinäre Perspektiven auf institutionelle Kontexte und Strategien der Prävention. Wiesbaden, Springer, 2014, 13 – 26.
- European Union Agency for Fundamental Rights: Violence against women: an EU-wide survey. Vienna, FRA, 2014.
- Felitti V.J., Anda R.F.: The relationship of adverse childhood experiences to adult medical disease, psychiatric disorders and sexual behavior: implications for healthcare. In: Lanius R.A., Vermetten E., Pain C. (eds.): The impact of early life trauma on health and disease. Cambridge, Cambridge University Press, 2010, p. 77-87.
- Hislop Julia: Female Sex Offenders. What therapists, law enforcement and child protective services need to know. Ravensdale, Issues Press, 2001.
- Krug E. G., Dahlberg L.L., Mercy J.A., Zwi A.B., Lozano R.: World Report on Violence and Health. Geneva, World Health Organization, 2002.
- McGee H., Garavan R., de Barra M., Byrne J., Conroy R.: The SAVI Report (Sexual Abuse and Violence in Ireland). Dublin, The Liffey Press, 2002.
- Piskorski Jan M.: Die Verjagten. Flucht und Vertreibung in Europa des 20. Jahrhunderts. München, Siedler Verlag, 2013.
- Popper Karl: Conjectures and Refutations: The growth of scientific knowledge. New York, Harper & Row, 1963.
- Sweatt J. David, Meaney Michael J., Nestler Eric J., Akbarian Schahram: Epigenetic Regulation in the Nervous System: Basic Mechanisms and Clinical Impact. Salt Lake City, Academic Press, 2013.
- Tschan Werner: Sexualisierte Gewalt. Praxishandbuch zur Prävention von sexuellen Grenzverletzungen bei Menschen mit Behinderungen. Bern, Huber, 2012.
- Tschan Werner: Sexualisierte Gewalt und gesundheitliche Folgen. Primary Care 2013;13(17): 308-309.
- Tschan Werner: Professional Sexual Misconduct in Institutions. Göttingen, Hogrefe, 2014a.
- Tschan Werner: Nachhaltige Prävention sexualisierter Gewalt in Institutionen. Möglichkeiten und Ansätze im Rahmen der Aus- und Weiterbildung. In: H. Willems, D. Ferring (Hrsg.): Macht und Missbrauch in Institutionen. Interdisziplinäre Perspektiven auf institutionelle Kontexte und Strategien der Prävention. Wiesbaden, Springer, 2014b, pp. 177 – 190.

Wanner J., Fischer R., Tschan W.: Aggression und Gewalt im ärztlichen Alltag. Schw Med Forum 2007;7:561-568 und 583-588.

White William L.: The Incestuous Workplace. Stress and Distress in the Organizational Family. Center City, Hazelden, 1997.

Yang Bao-Zhu, Zhang Huiping, Ge Wenjing, Weder Natalie, Douglas-Palumberi Heather, Perepletchikova Francheska, Gelernter Joel, Kaufman Joan: Child Abuse and Epigenetic Mechanisms of Disease Risk. Am J Prev Med 2013; 44(2):101-107.

Chancen gelingender Kooperation mit dem Gesundheitsbereich- Gewaltprävention durch Vernetzung!

Marion Steffens, Geschäftsführerin des Netzwerkes Gesine.e.V.

Ziel des Netzwerkes GESINE ist die Verbesserung der regionalen gesundheitlichen Versorgung gewaltbelasteter Frauen!

Gesundheitsversorgung gewaltbetroffener Frauen: 2002

- Gewalterleben von Frauen wird nur selten thematisiert
- Fehlende/Fehlerhafte med. Befunddokumentation
- Mangel an gewalt- und geschlechtssensiblen Behandlungsangeboten
- Lange Wartezeiten auf Therapieplatz
- Weitgehend fehlende institutionalisierte Kooperation zwischen Gesundheitsbereich und Frauen-Unterstützungseinrichtungen

Situation im Ennepe-Ruhr-Kreis 2002

- ÄrztInnen gaben geringe Fallzahlen an (ca. 1% der Patientinnen).
- Frauenhaus und Frauenberatung waren nur 10% der befragten ärztlichen und therapeutischen Praxen bekannt.
- AnbieterInnen gewaltsensibler Versorgung waren den betroffenen Frauen zu wenig bekannt.
- ÄrztInnen benannten Frustrationserlebnisse im Umgang mit gewaltbetroffenen Patientinnen.

Klientinnenbefragung

Von 100 Klientinnen (Frauenberatung/Frauenhaus) aus Düsseldorf und dem Ennepe-Ruhr-Kreis fanden es

- 89% wichtig, dass ÄrztIn **weiß, wenn eine Patientin Gewalt erlebt hat.**
- 95% es wichtig, dass der/die ÄrztIn fragt, ob seine/ihre Patientin Gewalt erlebt hat.

Neue Wege im EN-Kreis

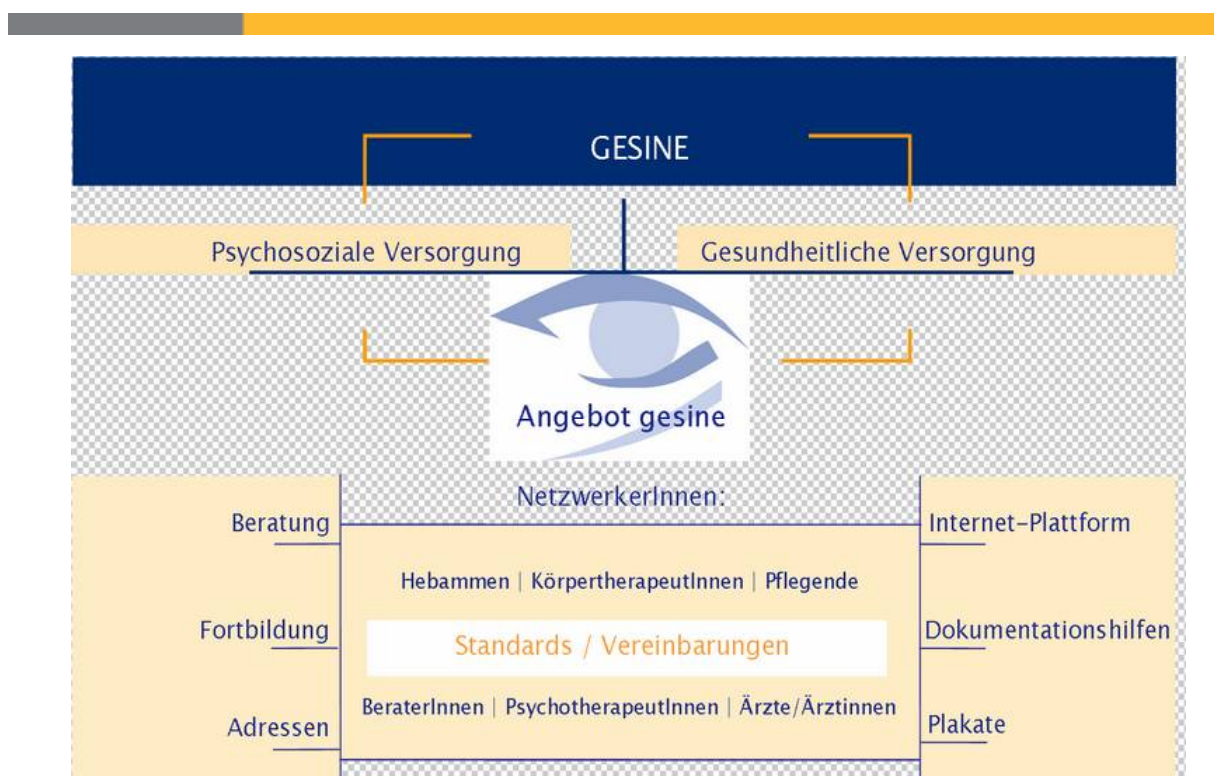
- Gesundheitsanbieter im Bereich medizinischer Intervention bei Gewalt gegen Frauen qualifizieren
- Unterstützungseinrichtungen im Bereich Gesundheitsfolgen, Gesundheitsförderung qualifizieren.
- Gerichtsfeste Befunddokumentation etablieren.
- Psychosoziale Angebote mit dem Gesundheitswesen vernetzen.
- Regional die Weitervermittlungsressourcen aller Beteiligten verbessern.

Hinsehen – Wahrnehmen – Handeln

Das GESINE – Interventionsprogramm

- Gewalt erkennen: achten Sie auf Red Flags.
- Erleichtern Sie es den Patientinnen aktiv, von sich aus über Gewalt zu sprechen.
- Sprechen Sie das Thema sensibel aber direkt an.
- Informieren Sie über konkrete Unterstützungsangebote und vermitteln Sie (pro-) aktiv weiter.
- Notieren Sie den Bericht der Patientin und dokumentieren Sie etwaige Verletzungen gerichtsfest.
- Erfragen Sie den Schutzbedarf der Patientin

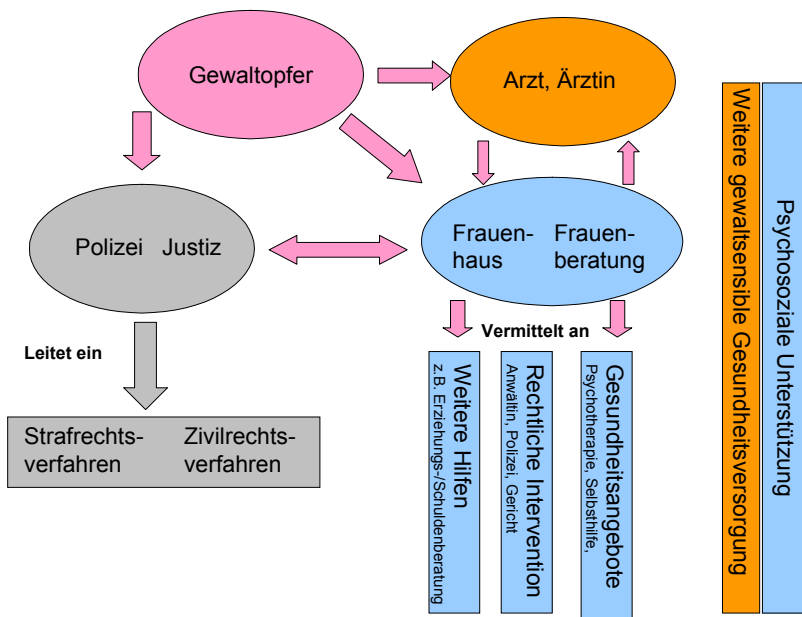
GESINE-Netzwerk Gesundheit



Auftrag Medizinische Intervention gegen Gewalt an Frauen (MIGG) 2008 – 2010:

20-25 niedergelassene ÄrztInnen (NÄ) unterstützen, um

- Das Erkennen eines Gewalthintergrundes
- Den Umgang mit gewaltbelasteten Patientinnen
- Das Dokumentieren von Gewaltfolgen
- Die Vernetzung mit dem Gewaltunterstützungssystem in der ärztlichen Praxis zu verbessern.



Struktur Ennepe-Ruhr-Kreis

- 9 Städte auf 410 qkm
- 339.000 EinwohnerInnen, davon 28.000 ohne deutschen Pass
- 480 niedergelassene Ärzte, davon 177 Allgemeinmedizin und 37 Gynäkologie/Geburtshilfe,
- davon 50% über 50 Jahre
- 30% der N.Ä. sind Frauen
- 1 Frauenhaus, 1 Frauenberatungsstelle

Verfahren

- 31 Ärztinnen/Ärzte akquiriert (7%)
- Interventionsprogramm angepasst
- Implementierung über
 - € Fortbildungen
 - € Arbeitshilfen
 - € Ärztekongressen
- GESINE – Netzwerk erweitert
- Fachtage interdisziplinär gestaltet

Fortbildungen

- Basisfortbildung (6 Stunden)
- Gerichtsfeste Befunddokumentation (2 Std)
Optional:
 - HG und Schwangerschaft
 - € *Gesundheitsfolgen psychischer Gewalt*

- € *Psychotraumatologie*
- € *Gesundheitsversorgung gewaltbelasteter*
- *Migrantinnen*
- € *Gesprächsführung vertiefend (MI)*
- € *Fortbildung für Mitarbeiterinnen der Praxen*

Arbeitshilfen

- Infocard mit Warnsignalen, Gesprächsführungshilfen, Interventionsschritten und konkreten Adressen
- Fragebogen für Routinebefragung
- Dokumentationshilfen
- Sicherheits – Checkliste für die Praxis
- Pro-aktiv Formular

Vernetzung

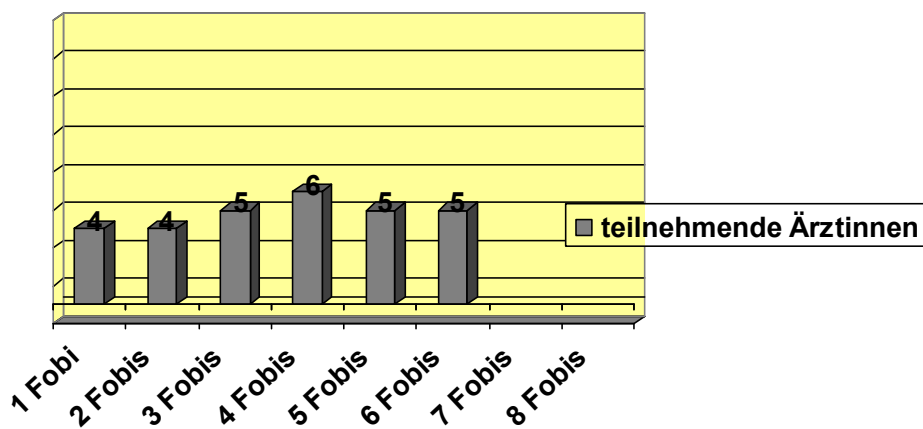
Das GESINE Büro organisiert die Vernetzung über:

- Ärztekonzferenzen (Fallbesprechung, Supervision, Fortbildungseinheit)
- Persönliche Vorstellung der Unterstützungseinrichtungen, Ortsbesuch
- GESINE Netzwerktreffen und Datenbank
- Interdisziplinäre Fachtage (inkl. Polizei, Justiz, Kliniken, Fachdienste, weitere Gesundheitsberufe)

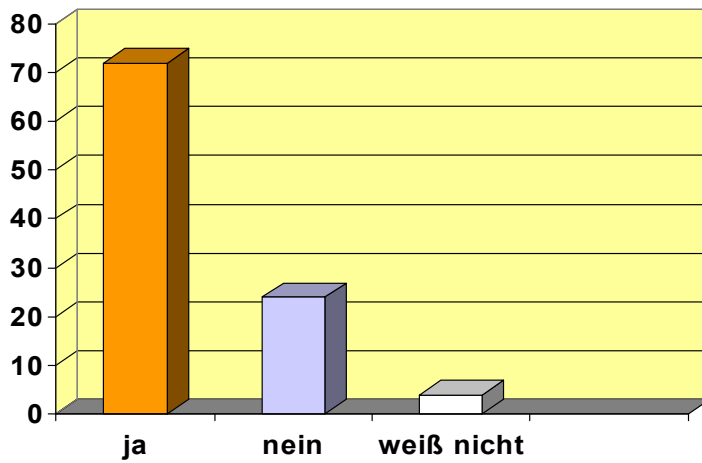
Abschlussbefragung

Wirkung und Nachhaltigkeit

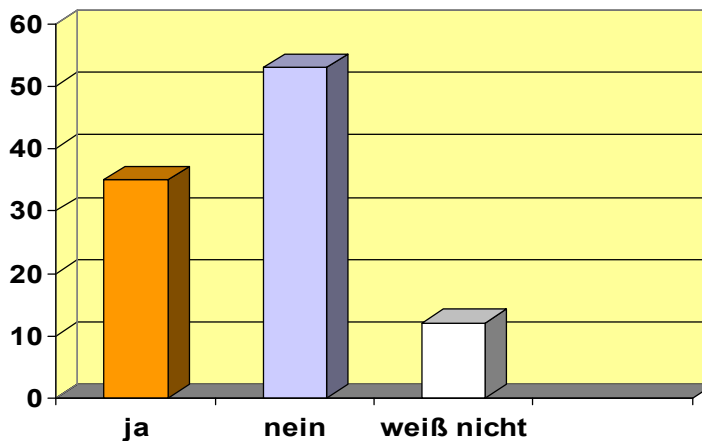
Teilnahme an Fortbildungen: Kontinuität



Erkennen: Haben Sie häufiger gefragt?

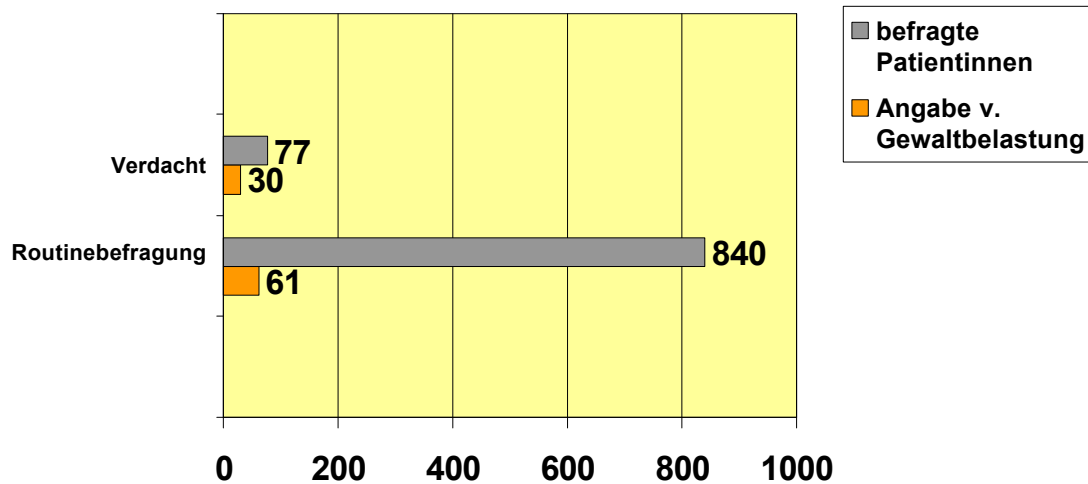
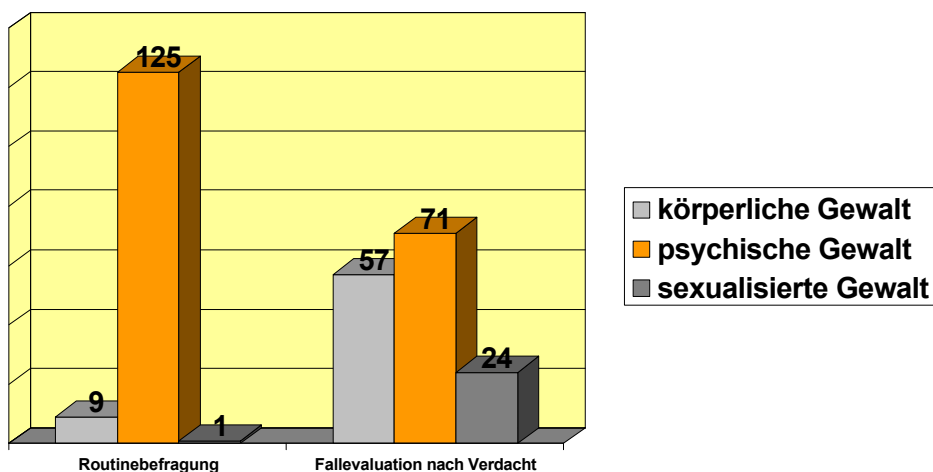


Erkennen: Haben Patientinnen häufiger spontan berichtet?



Erkennen (12 Monate)

	Befragte Patientinnen	Davon Gewaltbelastung angegeben (in%)
Gesamt	4.977	18%
Routinebefragung	3.361	7,3%
Bei Verdacht	1.616	39,4%

Erkennen: je ÄrztIn**Erkennen: Gewaltformen****Abschlussbefragung: Umgang mit gewaltbelasteten Patientinnen**

- 80% der befragten ÄrztInnen gaben an, sich sicherer im Umgang mit gewaltbelasteten Patientinnen zu fühlen.
- 68% haben auch Patientinnen, die einen Verdacht auf Gewalthintergrund verneint haben, weitere Informationen angeboten.

Umgang: Zeitaufwand

- Dauer des Patientinnenkontaktes bei Gewalt ist IMMER höher.
- Spanne 10 – 45 Minuten; Mittelw. 18 Min.

TROTZDEM haben 72% der Befragten i.d.R. sofort ein ausführlicheres Gespräch ermöglicht. (bei 24% Frage nicht zutreffend)

Umgang: Gezielte Weitervermittlung

	Vermittlung durch NÄ hat stattgefunden (in%)	Ist mir nicht bekannt
Frauenberatung	100 %	0 % (72% Erstbefragung)
Frauenhaus	32 %	0 % (63% Erstbefragung)
Traumatherapie	36 %	24 %
ProFa	28 %	0 %
Kinderschutzbund	12 %	0 %
Nummer gegen Kummer	4 %	52 %
Zuwanderungsberatung	0 %	80 %
Jugend Migrationsdienst	4 %	80 %
Andere MIGG Praxen	28 %	0 %
GESINE Datenbank	X	40 %

Umgang: Arbeitshilfen

- Bewertung der GESINE - Arbeitshilfen in %

	hilfreich	genutzt (vgl. Erstbefragung)
Patientinnenkarten	100 %	96 % (12%)
Plakat	84 %	84 % (9%)
Infocard	88 %	72 %
Med Doc Card	40 %	24 %
Doku-Bögen	48 %	28 %
FAX (pro aktiv)	76 %	32 %
Homepage	48 %	32 %

Dokumentieren

- Insgesamt wurden in den letzten 12 Monaten 34 Befunddokumentationen erstellt:

Anzahl ÄrztInnen	Anzahl Befunddokumentation
11	0
6	1
5	mehrfach

Abschlussbefragung

Vernetzung

- 96% der MIGG-ÄrztInnen gaben an, besser über das Hilfesystem informiert zu sein.
- 92% gaben an, über bessere persönliche Kontakte ins Hilfesystem zu verfügen.
- 88% der Praxen haben ihre Daten in die GESINE - Datenbank eingegeben.

Vermittlungsquote

in % der durch ÄrztInnen an die Frauenberatung vermittelten Klientinnen

Zeitraum	Anteil aller Vermittlungen
2006	2 %
2. Halbjahr 2008	10 %
2. Halbjahr 2009	24 %
2. Halbjahr 2010	26 %

Vernetzung: Was sagen Frauenhaus und Frauenberatungsstellen?

- „Ich bin wirklich entlastet – es ist kein Problem mehr ein vernünftiges Attest zu erhalten oder einen sensiblen Arzt zu finden.“
- „Wir haben das Thema Gesundheit einfach mehr im Blick und haben es. Z.B. in den Aufnahmebogen aufgenommen.“
- „Wir bieten in Kooperation mit zwei GESINE-Partnerinnen eine Stabilisierungsgruppe an – die ist der Renner.“

Was sagen gewaltbelastete Klientinnen über Arztkontakt?

- Der Kontakt mit MIGG-Ärztinnen/Ärzten wird von den gewaltbetroffenen Frauen durchgängig als angenehmer und hilfreicher erlebt.

... und persönlich?

- „Ich habe zum ersten Mal einen Arzt getroffen, mit dem ich über das alles reden konnte.“
- „Ohne die Hilfe von Dr... wäre ich gar nicht zu Ihnen in die Beratungsstelle gekommen.“
- „...Erst dachte ich... wie kommt der mir denn? Aber der hat nicht locker gelassen und das war auch ganz gut so. Sonst hätte ich bestimmt nichts gesagt...“

Zusammenfassung:**Erste Ergebnisse**

- Die Qualifizierung von ÄrztInnen im Themenfeld Gewalt kann die Erkennensrate sowie die Zufriedenheit mit der Gesundheitsversorgung und den früheren Zugang zu Hilfen für die gewaltbelasteten Patientinnen verbessern.
- 96 % halten den interdisziplinären Ansatz des GESINE - Netzwerkes für sinnvoll.
- 92 % halten eine regionale Koordination zum Thema HG aus einer Hand für wichtig/sehr wichtig.
- Keine(r) der Befragten hielt es für richtig, die Koordination ausschließlich in ärztliche Hand zu legen.
- 88 % der MIGG - ÄrztInnen bleiben im GESINE Netzwerk.
- 96 % würden weitere Fortbildungen in Anspruch nehmen.
- 92 % halten es für sinnvoll, weitere ÄrztInnen für HG zu qualifizieren und in weiteren Praxis Interventionen Programme zu installieren.

Fazit

- Medizinische Intervention ist kein Selbstläufer! Sie erfordert ein regionales und vernetztes Vorgehen, kontinuierliche „Pflege“, Weiterentwicklung und Koordinierung.

„Ich hatte schon eine endlose Odyssee hinter mir. Bei Dr. .. hatte ich dann zum ersten Mal das Gefühl, hier kann ich darüber sprechen. Der hört auch zu. Der hat mir dann auch von Ihnen erzählt – von alleine wär ich da nicht drauf gekommen. Jetzt sehe ich endlich Licht hinten im Tunnel.“

Helga V., Klientin der Frauenberatung.EN

Kleine Schritte – große Wirkung

Marion Steffens, GESINE – Netzwerk Gesundheit EN –
Intervention gegen Gewalt gegen Frauen, Schwelm 2011

Kontakt:

GESINE – Netzwerk Gesundheit EN und SIGNAL e.V. –
Intervention im Gesundheitsbereich gegen Gewalt gegen Frauen

Frauen helfen Frauen EN e.V.

Projektleitung: Marion Steffens

Markgrafenstr. 6, 58332 Schwelm

Tel. 02336 475 91 52

Fax. 02336 475 91 55

www.gesine-intervention.de

steffens@gesine-intervention.de

Nachlese

Martina Raab-Heck,
Dipl.-Psych., Koordinatorin

Liebe Leserin,
lieber Leser,

wie Sie den vorstehenden Beiträgen entnehmen konnten, gibt es noch viel Raum, um das Thema „Gewalt im sozialen Nahraum“ intensiver zu beleuchten. Wir haben mit der diesjährigen Veranstaltung unseren Fokus der Unterstützungsmöglichkeiten von den mit dem Thema befassten Professionen stärker auf die mit den Familien benachbarten, befreundeten oder mitarbeitenden Menschen gelegt. Denn häusliche Gewalt geht uns Alle an.

Mit unserem Netzwerk des Interventionsprojekts gegen Häusliche Gewalt haben wir in Freiburg schon viele gute fachliche Kooperationen auf den Weg gebracht und merken dennoch, dass es Stellen gibt, die wir nachbessern können und im Interesse der von Beziehungsgewalt betroffenen Personen auch müssen.

Seit vielen Jahren gibt es Unterschiede in der Anzahl der Einsätze der Polizei bei Häuslicher Gewalt zwischen Stadt und umgebenden Landkreis. Im ländlichen Bereich, wo Nachbarn oft so weit weg wohnen, dass Auseinandersetzungen unbemerkt bleiben können, ist es deshalb umso wichtiger, über die verschiedenen Facetten von „Gewalt im sozialen Nahraum“ umfassend zu informieren. Die Einbindung der Betroffenen in die Gemeinde ist nur dann hilfreich, wenn dem Gewaltopfer geglaubt und die erlebte Gewalt geächtet wird. Sie sind jedoch dann Barrieren, wenn dem Opfer der Gewalt nicht geglaubt wird, was durch die vielfältigen Beziehungen auf dem Land durchaus möglich ist. Städtische Zentren bleiben deshalb wichtige Anlaufstellen zur Information und Unterstützung, sollten jedoch verstärkt auf ländliche Kooperationen bauen können.

Auch in den Stadtteilen sollte der Blick auf Partnergewalt differenzierter stattfinden. Nicht nur die professionellen Beratungsstellen können hier wirksam sein sondern auch eine das Gewaltopfer unterstützende Nachbarschaft. Nicht nur die mit der Bearbeitung von Häuslicher Gewalt befassten Professionen müssen die Gewalttat verurteilen sondern auch die unmittelbare Umgebung der Gewalt ausübenden Person. Hier ist ein neuer Blick auf die Netzwerkarbeit gefragt und die Überprüfung bisheriger Vorgehensweisen. Die Kooperation mit Stadtteilzentren ist für uns als kommunales Interventionsprojekt wichtig und bedarf neuer Herangehensweisen.

Dass Gewalt in partnerschaftlichen Beziehungen nicht erst im Erwachsenenalter auftritt macht die Bestandsaufnahme der Hochschule Fulda mehr als deutlich. Bereits bestehende Angebote müssen genutzt werden, um Jugendliche auf die Wirkungsweise von Gewalt in Be-

ziehungen und auf die Notwendigkeit von Einhaltung von Grenzen hinzuweisen. Respektvolle Beziehungen müssen als lohnenswertes Ziel vorgelebt und die dafür notwendigen Kompetenzen vermittelt werden. Schule ist hierfür ein gutes Vermittlungsfeld und sollte als Partnerin in diesem Themengebiet verstärkt agieren.

Netzwerke und Kooperationen zwischen Gesundheitswesen und Beratungsinstitutionen sowie Polizei müssen intensiviert werden. Die von Häuslicher Gewalt betroffenen Personen erhalten damit nicht nur eine körperliche Versorgung sondern im Sinne einer ganzheitlichen Sichtweise bei Bedarf auch eine Behandlung der seelischen Verletzungen. Wenn rechtliche Konsequenzen daraus für die Gewalt ausübenden Personen folgen, kann dies die Prävention weiterer Gewalttaten bedeuten.

Interessant für uns alle in diesem Themenfeld arbeitende Institutionen ist der Aspekt der Einbeziehung von Arbeitgebern, da uns dies einerseits selbst betrifft, andererseits neue Kooperationen erfordert. Wir wollen als Interventionsprojekt diesen sehr wichtigen Aspekt in nächster Zeit angehen, damit „Häusliche Gewalt“ auch als ein für Arbeitgeber wichtiges Thema erkannt wird.

Diese Fachtagung zeigte einmal mehr, dass das Thema „Häusliche Gewalt“ ein sich wandelndes Arbeitsfeld bleibt, das immer wieder neue Herausforderungen aufzeigt. Das Freiburger Interventionsprojekt wird diese aufnehmen und neue Kooperationsbündnisse suchen und Bestehende mit neuen Inhalten beleben. Unser Ziel ist und bleibt es, Hindernisse abzubauen, damit von Häuslicher Gewalt betroffene Personen schnelle und passgenaue Unterstützung erhalten und Gewalt ausübende Personen ihre Verantwortung für das Gewalthandeln übernehmen.